



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1916

546 (21.11.1916) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-170332](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-170332)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Wöchentliche Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — „Das Weltgeschehen im Bilde“ in Kupfertiefdruck-Ausführung.

Kronrat in Athen.

Unannehmbar Forderungen der Entente.

Athen, 20. Nov. (W.B. Nichtamtlich.) Die Alliierten verlangen, daß dem deutschen, dem Österreichisch-ungarischen, dem bulgarischen und dem bulgarischen Gesandten ihre Pässe entzogen werden. Die Regierung betrachtet diese Forderung als unannehmbar. Es wurde ein Kabinet unter dem Vorsitz des Königs abgehalten, um die Angelegenheit zu besprechen. Der König hat für morgen früh ein Kronrat einberufen. Es herrscht große Beunruhigung, da die Alliierten verlangen, daß die feindlichen Gesandten am Mittwoch abreisen.

Amsterdam, 20. Nov. (W.B. Nichtamtlich.) Die Times aus Athen: Der Ministerrat hat entschieden, daß es nicht möglich ist, den in der letzten Note des Admirals Fourmenten Forderungen nach Auslieferung von Kanonen, Granaten und Eisenbahnwagen Folge zu leisten. Man ist in militärischen Kreisen anscheinend fest entschlossen, dies um jeden Preis zu verhindern. Die Forderung ist beunruhigend, besonders mit Rücksicht auf die Haltung des Reservistenbundes. Es scheint wahrscheinlich, daß Briand am Samstag dem König telegraphisch mitgeteilt hat, sich von den schlechten Einflüssen freizumachen und die freundschaftlichen Beziehungen zur Entente herzustellen, ohne dabei die Neutralität aufzugeben. Am Sonntag empfing der König Admiral Fourment in Audienz.

Die rumänische Passsperrre von der Armee Salzenhahn durchbrochen.

Am 20. November 1916. Nach mehr als dreiwöchigem Hin und Her durch das Gebirgsgegend der rumänischen Grenze, während welcherzeit die rumänische Armee aus technischen Gründen engere Passagen zu benutzen waren, kann ich nunmehr folgende Skizze geben:
Die Rumänen haben die Rumänen neuerdings beträchtliche Verluste erlitten. Die Russen griffen hier und dort an. Die Rumänen sind aber nach Süden, wie es scheint, bis zur Donaumündung nicht hinausgekommen. Ob für diese Zurückhaltung militärische oder politische Gründe maßgebend sind, mag dahingestellt bleiben. In den Rumänien-Pässen wie am roten Turm-Paß kämpften die Rumänen mit dem größten Widerstand der Rumänen, teils infolge der unzureichenden Ausrüstung, teils infolge der unzureichenden Munition. Die Rumänen sind teils noch im schrittweisen Vorrücken innerhalb der Bahnröhren selbst. Der Austritt aus den rumänischen Pässen des Südbalkans, dem Vulkan-gebirge, ist erzwungen. Unsere Kavallerie folgt den Rumänen von Ost nach West. Unsere Infanterie folgt den Rumänen von Süd nach Nord. Wo stärkerer Widerstand wird, brechen ihn unsere nachdringenden Truppen. Und so sind wir hier mitten im entscheidenden Vorkampfe. Vermutungen über den weiteren Verlauf sind nicht Aufgabe dieser Zeilen; es ist die Bestimmung, daß durch das Siegesziel der rumänischen Armee, deren weiteres Verhalten abzuwarten ist, die Rumänen haben auch hier tapfer Widerstand geleistet. Unsere Truppen sind abermals Bayern, aber auch Württemberg hervorstechend beteiligt.
Die Truppe herrscht gedankte Siegesstimmung. Sie führt dazu, daß selbst die Reglementarier des rumänischen Heeres feindlichen Truppenenteilen die Waffen abzugeben bereit sind. Die rumänischen Truppen sind im Gebirge vereinzelt noch vorhanden, fortwährend im Gebirge versteckt und dabei Gefangene einbringen. Eine dieser Kolonnen hatte einen Zusammenstoß mit den feindlichen feindlichen Bataillon und hat es fertig gemacht, einen Teil der feindlichen Bataillon herauszuziehen. Der Abzug der Truppe ist so eilig vor sich gegangen, daß die Rückzugsbefehle nicht mehr erlassen werden konnten. So erhielt ein feindliches Bataillon zu seinem Entsatze ohne jede Abnahme von der Uebersetzung der rumänischen Front nach Norden unseren Angriff erwartete.
Die rumänischen Kämpfe um das Vulkan- und Saurducgebirge waren die Vorbereitungen für unseren neuen Angriff am 10. November abgeschlossen. Der eigentliche Angriff erfolgte am 11., doch wurde bereits am 10. früh und nachmittags der Anlage des bevorstehenden Kampfes am Vulkan- und Saurducgebirge begonnen. Die Rumänen bei dem neuen Kampfe des Gebirges nicht mehr in Stande waren, die rumänischen Truppen gemäß umzugruppieren. Um die Heranzugung von Verstärkung von den benachbarten Pässen her zu verhindern, wurde gleichzeitig dort bis zu den Kronstädter Pässen der Rückzug angeordnet. So war der 11. November auch ein Tag heissen Ringens. Er führte zu einem vollen Erfolg, welcher am 12.

in der Bewältigung der jäh verteidigten rumänischen Stellung bei Bumbesti am Ausgang des Passes seine Krönung fand.
Bei der Ueberwindung der Stellung bei Bumbesti haben, wie überhaupt in den Gebirgskämpfen, unsere Körper ein entscheidendes Wort gesprochen. Einer der Trufonschen Panzerkugeln wurde der Rumänen erhielt einen Volltreffer und wurde durch diesen über 10 Meter aus der Stellung rückwärts geschleudert. In schnellem Nachdringen wurde dann das Berggelände erschlossen. Ich war am 16. November gelegentlich einer Fahrt auf der landschaftlich wundervollen Poststraße in Torquill, einer reichen, anspruchsvollen Landschaft südlich des Passes. Ihre Bewohner sind fast ohne Ausnahme geflüchtet. Die Rumänen machten damals Pläne, die Höhen südlich der Stadt in neuem Widerstand zu halten, haben indessen auch diese Stellung räumen müssen. Seit dem 1. November haben wir 20 000 rumänische Gefangene gemacht. Ein guter Teil davon entfällt auf die Kämpfe am Saurducpaß.
Hd. Zimmermann, Kriegsberichterstatter.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 20. Nov., abends. (W.B. Nichtamtlich.)
Artilleriekampf nördlich der Somme.
Unsere Truppen nähern sich Craiova, der Hauptstadt der westlichen Walachei.
An der unteren Donau und an der Struma lebhafteres Feuer.

Die letzten Kämpfe an der Somme.

Berlin, 20. Nov. (W.B. Nichtamtlich.) Von militärischer Seite wird uns geschrieben: Die Teilangriffe der letzten Woche brachten die englisch-französischen Heere nicht weiter. Nachdem die eigenen Blätter sich gegen diese Kampfform gewendet haben und erklärten, daß Erfolge auf diese Weise nicht zu erreichen seien, veruchten dies die Engländer neuerdings wiederholt unter reichlicher Beanspruchung ihrer Kolonialtruppen mit Waffengewalt. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Methode lange Zeit beibehalten wird, denn die Angriffe vom 18. und 19. November kosteten die Engländer geradezu ungeheure Verluste. Der schwedische Hauptmann Koerregaard bejammert am 12. November in „Dagens Nyheter“ den englischen Blutgößel in den letzten Monaten auf 46 000 Mann, während er im Juli 16 000 für den Kilometer betrug. Der Monat November wird eine neue wesentliche Steigerung der bereits gewaltigen Opfer bringen, die nach vorsichtiger Schätzung in dem Zeitraum vom 1. September bis etwa 1. November mindestens 600 000 Mann betragen.

Der erste Erfolg gegen Beaumont-Hamel und Beaucourt verfehlte die Engländer in eine schwierige Lage, da die deutsche Artilleriebeobachtung über die Höhen von Serre verfügt und die in die genommenen Stellungen eingedrungenen Truppen von deutscher Artillerie geschloßt und zusammengebrochen wurden. Den Versuch, sich aus dieser schwierigen Lage zu befreien, mußten die Engländer jedoch mit noch schwereren Verlusten bezahlen, ohne irgend etwas zu erreichen. Die bei Sturm und Regen über das versteinerte Gelände vorgedrungenen Sturmtruppen wurden, im Schlamme und Morast stecken bleibend, von der deutschen Artillerie und dem Maschinengewehrfeuer niedergemäht.

Am 18. November wurden die Angriffe auf der ganzen Front von Serre bis Barlecourt wiederholt. Es gelang lediglich, in einem Teil von Grandcourt ein- und zurückzudringen, doch schon am folgenden Vormittag wurden die Engländer im Handarantentamt wieder hinausgeworfen. Die in dem Berggelände für den Durchbruch bereitgestellten Infanterie kam natürlich nicht zum Angreifen. Ebenso verfehlte die Begleitung des Sturmtruppens durch Panzerautomobile, von welchen eins durch Volltreffer südlich von Grandcourt vernichtet wurde. Die Deutschen machten bei den Gegenangriffen in der letzten Woche 22 Offiziere, 900 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 34 Maschinengewehre. Davon entfallen allein auf den 18. November 11 Offiziere, 370 Mann und 20 Maschinengewehre.

Wie die Engländer, hatten auch die Franzosen keinen Erfolg. Ihre noch am Abend des 19. November verübten Angriffe gegen den St. Pierre-Baast-Wald wurden blutig abgewiesen.

Die Entscheidung an der Somme ist längst gefallen. Jeder Durchbruchversuch ist zum Scheitern verdammt. Allein, angetrieben von der entflammten Volksstimmung, fortgerissen von der im Sommer abgeleiteten Aufregung und in Bewegung gesehten Kriegsmaschine, treiben die englischen und französischen Heeresleitungen, ihre Truppen immer von neuem gegen die Feuergräben der Verteidiger vor, mit dem einzigen Ergebnis, daß bei geringen britischen Fortschritten ihre Verluste immer grauenhaftere Ausmaße annehmen.

Der neue polnische Staat und Preußen.

(Von unserem Berliner Büro.)
Berlin, 21. November.
Das Abgeordnetenhaus hat gestern seine Polenrede gehalten, keine sehr lange, aber auch keine sehr erfreuliche. Es kann natürlich gar kein Zweifel sein, daß das Abgeordnetenhaus im Recht war, die durch das Novembermanifest vollzogene Gründung eines selbständigen polnischen Staatsgebildes in seinen Gesichtskreis zu ziehen. Die drei Fraktionen, die zu dem Antrag sich verbunden hatten, stießen — wenigstens nicht formell — ja nicht gegen Dinge, die geschehen sind. Sie stellten sich — die einen vielleicht mit mehr guter Wiene, die anderen mit etwas trauerer Stirn — auf den Boden der vollzogenen Tatsache und sie hatten als Angehörige des preussischen Parlaments schließlich ein Anrecht darauf, sich zu erkundigen, welche Rückwirkung unter Umständen die neue Staatsbildung auf die innerpreussische Politik ausüben könnte. Sie hatten zu solchem Beginnen vielleicht noch einen besonderen Anlaß, der sich aus der Geschichte dieser Parteien her schrieb, sie waren durch Jahrzehnte Träger, Wortführer und Berichter jener Maßnahmen gewesen, die man unter dem Titel „Ostmarkenpolitik“ zusammenzufassen pflegte. Ihre Anhänger draußen im Land waren in dem Gedankenbereich dieser Politik erzogen und man kann es ruhig aussprechen, daß in diesen Schichten das November-Manifest vielfach Beunruhigung ausgelöst hat. Nun wird man freilich darauf antworten können: Unser ganzes Volk und jeder einzelne von uns trägt in diesen Zeitskauten eine solche Bürde von Sorgen und Unruhen täglich und stündlich mit sich herum, daß es auf eine Last mehr nicht ankommt. Vieles davon läßt sich zur Stunde gar nicht abbürden, weil die Dinge noch im Fluss sind und weil, wenn man sie auflöst, es leicht zu Lavinenstürzen kommen kann. Wer die politischen Begebenisse sah, hatte den polnischen Antrag doch nur mit zwiespältigen Empfindungen begrüßen können, nicht den Polenantrag als solchen. Wenn die Parteien des Abgeordnetenhauses sich mit ihrer Regierung über deren künftige Polenpolitik im geschlossenen Ausschusszimmer sich zu unterhalten wünschte, war dagegen nichts zu erinnern. Aber gegen die öffentliche Behandlung mußte sich doch sofort manches regen. Die polnische Politik ist nun einmal eine internationale Frage geworden. Und ein internationales Problem in so kritischen zugefügten Tagen öffentlich zur Schau zu stellen, hat immer seine Gefahren. Wenn man erst bei den Redefreien ist, hat man die Gewalt über die Gemüter leicht verloren. Der Bürgerfrieden von ehemals ist ohnehin lose zerstoßen und manches erfährt in dem grellen Rampenlicht der Öffentlichkeit eine Juppigung und damit eine Schärfe, die man an sich gerne vermieden hätte. Nun hatte die Regierung geglaubt, die Aussprüche sozusagen neutralisieren zu können. Der Kanzler kam nicht selbst ins Haus. Herr von Löbbeck als preussischer Minister des Innern war zur Beantwortung beauftragt. Zudem wurde noch halbamtlich versichert, man wüßte die Sache als rein preussische Angelegenheit zu behandeln. Die Rede jedoch, die man gestern von Herrn von Löbbeck vernahm, scheint uns doch bewiesen zu haben, daß dies schwer durchzuführen war. Auch der preussische Minister des Innern mußte schließlich von dem neuen Königreich Polen sprechen, von den Legionären, die Schulter an Schulter mit unseren Söhnen gebietet haben und nun erst recht als Kampfgesossen an ihrer Seite stehen würden. Aber was er dann über die preussische Polenpolitik sagte, das Klang doch härter als es offenbar gemeint war. Denn in Wahrheit will ja — wie glauben darin einigermassen unterrichtet zu sein — die preussische Regierung eine Umstellung ihrer Polenpolitik. Sie will durchwegs ernsthaft einen langamen, aber tätigen Abbau ihrer bisherigen Kampflage. Das ward aus der Rede des Ministers nicht ganz deutlich, und konnte auch gar nicht deutlich werden. Mehr oder weniger färbt die Umwelt des Parlaments und die Umgebung ja doch auf die Minister ab. Das Schlimmste war freilich die Rede des Vertreters der polnischen Fraktion. Wenn man ihn so hörte, mußten die letzten Vorgänge spurlos an unseren Freunden Polen vorübergegangen sein. Sie betrachteten alles, was bisher geschah, nur als eine Abschlusssache, die den Hunger nach mehr mecht. Für sie ist die Aufrichtung der polnischen Selbständigkeit kein freies und stolzes Geschenk der siegreichen Mittelmächte, sondern ein Akt, erzwungen unter dem harten Druck der geschichtlichen Notwendigkeit. Auch gilt sie ihnen einseitig nur als Selbständigkeit im Prinzip, eine Freiheit in Ausführungszeichen. Sie selber aber denken nicht daran, ihre Freiheit aufzugeben und ihre bisherige Kampflage zu verlassen. Es hat heute Leute im Abgeordnetenhaus gegeben, die erklärten: nun hätten die preussischen Polen ihre letzte Waage fallen lassen. Wir teilen diese pessimistische Auffassung nicht ganz. Die Polenfraktion im Reichstag und Abgeordnetenhaus, so ist uns immer wieder von polnischer Seite versichert worden, steigelt die wahre Meinung unserer polnischen Staatsgenossen nicht wieder, und die Meinung der Polen draußen nun schon erst recht nicht. Tatsächlich haben diese während der zwei Kriegsjahre immer abwärts gestanden und heute werden ihrer Prinzipienreiterei fortgesetzt im preussischen Abgeordnetenhaus und im führenden Kongresspolen Anknüpfung zwischen die Felne geworfen. Sie sind eben Männer, die im Kleinkrieg aufgewachsen sind und alt wurden. Erst nach Neuwahlen im preussischen Staat würde unsere Polenfraktion ein anderes Gesicht bekommen. Sodann wird man

diese Einwände von der Hand weisen dürfen. Darum wird man die unklare und lürrichte Rede des polnischen Vertreters nicht tragisch nehmen und es war überhaupt nicht nötig, ihn auf den öffentlichen Markt zu zerren.

□ Berlin, 21. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Von den Meinungen der Berliner Presse verdient nur das Folgende hervorgehoben zu werden:

Die „Berliner Börsenzeitung“, aus der der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete v. Richthofen zu sprechen pflegt, meint, nicht unähnlich wie wir: Die Beweggründe, die den Reichstag von einer öffentlichen Diskussion der Polenfrage abgehalten haben, waren sicherlich wohl erwogen und hätten für das Abgeordnetenhaus um so eher maßgebend sein können, da in der sachlichen Beurteilung der Polenfrage die einzelnen Fraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses gewiß nicht von einander abzuweichen. Die Ausführungen, die im Rahmen der nationalliberalen Partei gestern der Abgeordnete Friedberg gemacht hat, waren nach unserer Ansicht durchaus zutreffend. Es kann dies aber an der Tatsache nichts ändern, daß auch durch die beste Rede die Inopportunität der ganzen öffentlichen Diskussion nicht aus der Welt zu schaffen ist. Auch war der Text der Resolution für eine politische Handlung, bei der jedes Wort zuviel von Uebel ist, zu lang und zu vieldeutig.

Die „Kositzche Zeitung“: Es kann nicht bestritten werden, daß die Lösung der polnischen Frage dem preussischen Staat sehr nahe angeht und für ihn von der allergrößten Bedeutung ist. Deshalb hat auch das preussische Abgeordnetenhaus formell zweifellos das Recht, die Angelegenheit vor sein Forum zu ziehen. Auf der andern Seite hätten die sonst doch politisch recht gesuchten Parteien, die den Polenanspruch einbrachten, sich die Frage vorlegen sollen, ob man recht daran ist, in jeder Situation von jedem einem zuwendenden Recht Gebrauch zu machen. Das scheint uns die wesentliche Frage, denn uns will bedünken, daß in vorliegendem Falle das Reichsinteresse über dem preussischen Staatsinteresse steht. Dilem Reichsinteresse und der Politik des Reiches aber ist durch die gefrige Debatte nichts gerührt worden.

Die „Tägl. Rundschau“ meint: „Es war nicht schön, garnicht schön, ein Tag der Peinlichkeit, am peinlichsten die fast allgemeine Ueberzeugung über die mehr als fähle Begründung des neuen Königreiches Polen durch die polnische Fraktion des Preussenparlaments, durch die wir wirklich so wenig wissen, mit wem wir es zu tun haben.“

Die „Germania“ aber faßt ihre Auffassung wie folgt zusammen: „In der Tat hat auch die Stellungnahme der Rechtspartei und bis zu einem gewissen Grade auch die der Regierung zu wenig Klarheit über den zukünftigen Kurs unserer Polenpolitik gebracht und darum sich am Ende eher geeignet zeigt, wegen der Unbestimmtheit, mit der man das Thema anstimmte und behandelte, Mißtrauen zu erwecken, als Vertrauen zu fördern, das man mit gutem Recht fordern darf.“

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzungsbericht.

40. Sitzung vom 20. November 1916.

Vom Bundestagspräsident; Minister von Kochel und Staatsminister Dr. Lange. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Herr von Schwerin-Bölich eröffnet die Sitzung um 4.30 Uhr und schlägt vor, den Abg. Pecherhorn von Hedwig für die heutige Sitzung als Ersatzpräsidenten zu bestimmen, da die beiden Vizepräsidenten am Erscheinen verhindert sind. (Zustimmung.)

1. Gegenstand der Tagesordnung: Beratung des Antrages der Abg. Heinrich-Hanffsinger (Freikönl.), Dr. Vredt (Freikönl.) und Genossen, betreffend die Wiederherstellung der militärischen Einheiten der Offiziere des Deutschbaltens zur Gemeindevorbereitung. In Verbindung damit steht zur Verhandlung der Antrag des Abg. Sandler (Nationalliberal) und Genossen auf Annahme eines Gesetzes zur Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes, wonach bei Zugehörigkeit zu einem an der Kriegsvorbereitung befindlichen Teil des Heeres oder der Marine das militärische Einkommen aller Angehörigen des gleichen Heeres und der aktiven Marine von der Besteuerung ausgeschlossen sein soll. Die Anträge werden der Steuerkommission überwiesen.

Es folgt die Verhandlung des Antrages der Konservativen, Nationalliberalen und Freiköniglichen über die Polenfrage. Darin wird zunächst bemängelt, daß die Proklamierung des selbständigen Königreiches Polen erfolgt ist, ohne daß dem Landtag Gelegenheit zur Beratung gegeben worden ist. Ferner wird in dem Antrag, die Verwaltung auszuwählen, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des neuen Staatswesens militärische, wirtschaftliche und politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden und daß seine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark vorgenommen wird, die geeignet wäre, den deutschen Oberherr, der mit dem preussischen Staat unauflösbar verbundene östlichen Provinzen insbesondere zu gefährden.

Abg. v. Hebebrand (Kons.):

Sie erwarten und verlangen vor allem, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des neuen Staatswesens dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemeine politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden. Unsere Soldaten, die das Königreich Polen erobert haben, sollen nicht umsonst gekämpft haben. Wir müssen uns unferne endgültige Befriedigung vorbehalten.

Minister des Inneren v. Kochel:

Meine Herren! Ich sehe voraus und auch der zur Beratung Bekannte Antrag und seine Begründung durch den Abg. v. Hebebrand schätzen mit, daß die Gesamtheit dieses hohen Hauses unter Zurücksetzung ihres Bedenkens auf den Boden der Tatsache getreten ist, wie sie durch die beiden verbündeten Monarchen geschaffen worden ist. Die kaiserliche Staatsregierung trägt selbstverständlich Ihren Teil der Verantwortung für diesen Schritt von weltgeschichtlicher Bedeutung in der unversöhnlichen Erwartung, daß er in Gegenwart und Zukunft dem Deutschen Reich von Nutzen sein wird. In dem neu erkündeten politischen Staat empfangen die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte ein selbständiges nationales Staatsleben, wie sie es seit mehr als einem Jahrhundert ersehnt und erstrebt haben, in dem der polnische Staat dem Deutschen Reich und auch der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie auf das engste verbunden werden wird. So hoffen wir bestimmt, daß das Deutsche Reichs Glück und Wohlstand durch die Dauer gegen Osten befestigt und gefördert werden wird. Die deutschen und polnischen Lebensinteressen haben sich in diesem Weltkrieg gekennet. Sie werden durch das neue Königtum fest verbunden und sollen für die Zukunft untrennbar sein. Diese geschichtliche Zeit ist bereits bekümpft worden durch das Blut, das die polnischen Regionen an der Seite der heldenmüthigen deutschen und Oesterreichisch-ungarischen Heere vergossen haben. (Weifall.) Sie wird bekümpft werden, wenn das neu gebildete polnische Reich an der Seite der Wiederhersteller des polnischen Staatswesens, an der Seite seiner Helfer, erwachte politische Tapferkeit einsetzt wird zur Verteidigung der neu gewonnenen Zukunft Polens, gegen die noch immer von Osten her andringende Gefahr. (Weifall.)

Die Bedeutung des Ereignisses im Zusammenhang mit dem politischen Problem des Weltkrieges und der allgemeinen europäischen Politik, hat der Herr Reichskanzler in vertraulicher Besprechung in der Gesamtsitzung des Reichstages eingehend dargelegt. Es ist aus unzähligen Gründen geboten, und ich glaube mich hierin der Zustimmung dieses hohen Hauses versichert halten zu sollen, wenn ich

wich hier weiterer und etwas ins einzelne gehender allgemeiner politischer Darlegungen enthalte. Sogar weiß ich mich auch mit den Herren Antragstellern und mit Ihnen allen, wenn ich anerkenne und betone, daß die Neugeburt der Dinge jenseits der Oderlinie die besonders geschichtliche Aufgabe des preussischen Staates auf innigste berührt. In den Beratungen des Kriegskabinetts, wie sie dem Erlaß des Manifestes vorausgegangen sind, hat die Erörterung der bevorstehenden preussischen Staatsinteressen den gebührenden Raum eingenommen. Das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, daß das Königlich-preussische Staatsministerium es als eine dringende pflichtgemäße Aufgabe betrachtet, bei ferneren Beratungen und Entschüssen in dieser Angelegenheit den besonderen Verhältnissen im preussischen Osten höchste Aufmerksamkeit zu widmen (Weifall) und das preussische Staatsinteresse in jeder Beziehung wahrzunehmen, und zwar nicht nur zur Zeit, sondern auch in Zukunft.

Abg. Dr. Pecherhorn (Hetzgr. Fr.):

Wir begrüßen den wiedererrückten Staat als unsern Bundesgenossen. (Weifall links.) Wir hoffen, zusammen mit den Herren, die sich um die tapfere polnische Legion scharen, den uns aufgezwungenen Kampf siegreich zu Ende zu führen und uns die Garantien für einen ungeklärten Frieden zu schaffen. Soll das Bestgelingen, so muß aber alles vermieden werden, was Schwierigkeiten schafft und das Vertrauen zur Sache untergraben könnte. (Sehr richtig! links.) Jede Partei hat jetzt die Pflicht, das Befehlswort zu befolgen. Eine solche Forderung können wir in dem vorliegenden Antrag aber nicht erblicken. (Keinhafe Zustimmung links.) Die Wahrung deutscher Interessen muß jeder Deutsche fordern (Zustimmung), nur der Weg ist richtig. So wenig wir auch dem Ergebnis des Anbiederungsversuchs verschließen, müssen wir doch auf der andern Seite uns so lebhaft festhalten, daß das politische Ziel nicht erreicht worden ist. (Zustimmung links.) Die Politik, die getrieben wurde, hat nur zur Enttäuschung geführt, und dieser Weg muß verlassen werden. (Sehr richtig! links.) In einer Neuorientierung liegt jetzt der dringende Anhalt auf diesem Gebiete vor. Der Zusammenhang der Stammesgenossen diesseits und jenseits der Grenze erfordert eine einheitliche und verzehrende Politik. Wir können den

preussischen Polen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung

nicht länger vorenthalten. (Zustimmung links.) Die von meiner Partei stets bekämpfte Ausnahmeregung ist unhaltbar geworden. In einem Ausgleich der Gegensätze, der im wohlbedachten Interesse aller Richtungen liegt, scheint uns der Antrag nicht der geeignete Weg, und deshalb lehnen wir den Antrag ab. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Fehr v. Hedwig (Freikönl.):

Ich bitte Sie im Gegentheil, den Antrag anzunehmen. Die Deutschen in den östlichen Provinzen sind von Sorge erfüllt. Ich begrüße es, daß der Minister des Inneren sich zum Schutze des Eigentums in unermüdeltem dauerndem Maße bereit erklärt hat. Der Abg. Pecherhorn hat das zu meiner Freude nicht ganz getan und gesagt, daß die deutschen Interessen gewahrt werden müßten. Das Ziel der Damarapolitik ist der Schutz des Eigentums gegenüber den Bestrebungen, das Eigentum zu verdrängen.

Für das, was wir an den bestehenden Gesetzen und Verwaltungsanordnungen werden ändern können, werden die Erfindungen des Krieges zum großen Teil mangelnd sein. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Wir haben alle zugelassen und es wird darauf ankommen, wie die polnische Bevölkerung der zweisprachigen Landestteile sich selbst verhält. Der Ostmarkenvertrag hat die Hand zur Beschleunigung entgegengehalten, es wird darauf ankommen, ob diese endgültige Hand ergriffen wird.

Abg. Stueggen (Kons.):

Das polnische Volk hat trotz der Trennung das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren und einen heißen Kampf für die nationale Freiheit geführt. Die folgende Bewegung des Reichs der Völker auf nationale Freiheit war eine der Geburtstagen des jetzigen Weltkrieges, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß das viele Blut nicht umsonst gekostet sein wird, wenn die Nationen Europas sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß die Freiheit anderer Völker den Lebensinteressen des eigenen Volkes nicht widerspricht. Die Anerkennung des polnischen Staates ist ein Schritt vorwärts auf die Anerkennung der Nationalität und Gerechtigkeit. Diese Nationalität ist nicht nur in der Gerechtigkeit, sondern auch in der Friedensgarantie begründet.

Das Manifest des Kaisers erfüllt und mit Genehmigung, weil das Recht der Selbstständigkeit des polnischen Staates im Prinzip anerkannt wird. Indessen sind die vielen Bedenken und Befürchtungen, daß nur ein Teil des polnischen Volkes die nationale Freiheit erlangen, und die nationale Freiheit nur eine nominelle sein werde, durch den vorliegenden Antrag durchaus begründet. Die Antragsteller wollen, daß schon jetzt wieder allerhand Bestehen des neuen Staatswesens angelegt werden, die die Freiheit einengen. Am übrigen bestehen die Antragsteller, daß sie ihre Politik gegen die polnisch Sprechenden fortsetzen wollen. Wir wissen, was wir davon zu erwarten haben auf Grund der Erfahrungen, die uns jetzt entgegen sind. Wir wissen, daß das bedeutet eine Verarmung der polnischen Sprache am Strafe und Schulte. Es bedeutet, daß eine Milliarde Pafl, Gebel aller Staatsbürger, dazu benutz worden sind, um die polnische Landbevölkerung von ihrer Schwelle zu verdrängen und die Bevölkerung von ihrem Besitzum zu verdrängen. Angeichts dieser unabweislichen Tendenz des Antrages legen wir feierlichen Protest ein. Im übrigen beantragen wir namentliche Abstimmung. (Beifall links.)

Abg. Friedberg (nati.):

Ich halte es für eine Pflicht, daß man sich beizeiten über die politischen Ziele, die verfolgt werden, klar werde, und daher haben wir diesen Antrag eingebracht. Hier handelt es sich um die Interessen des Deutschen Reiches und die der deutschen Bewohner der östlichen Provinzen. Was wir in dieser Diktatur verlangen, entspricht diesem Interesse. Wenn wir einen neuen Kaiser bekommen, so haben wir ein Interesse, uns zu veranlassen, wie dieser Kaiser beschaffen ist. Man forscht nicht Ueberflüssiges aus, wenn man für sein Vaterland die Sicherungen verlangt, die für notwendig gehalten werden. Für die Polen mögen diese Sicherungen allerdings nicht selbstverständlich sein, das geht aus ihrer Erklärung hervor. Diese Erklärung unterliegt uns, das wir es an Wohlwollen gegenüber den Polen sehen lassen. Wenn Sie in dieser Weise die Hand der Verhöhnung abgeben, so bedauern ich, daß Sie in einer so schweren Zeit so wenig Licht auf den Tag legen. (Großer Beifall.) Wir sind bereit, auf Grund der Erfahrungen des Krieges in einer Prüfung einzutreten, insoweit eine Anzahl Vorschläge geändert werden sollen. Wir wollen dabei nur die Einheit der Verwaltung im Staatsinteresse gewahrt wissen. Aus unserem Verantwortungsbereich heraus haben wir unseren Antrag gestellt, aber die Polen haben es daran fehlen lassen, denn wenn sie angedeutet dem Verständnis Ihres Traumes davon sprechen, daß die Freiheit nur im Prinzip gesichert sei, daß die Freiheit nur eine nominelle sei, so wird selbst der Abgeordnete Pecherhorn wenig werden. Dem Minister danke ich für seine Erklärungen. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung wird uns Gerechtigkeit widerfahren lassen und erkennen, daß wir nichts verlangen, als was im Interesse unseres Staates notwendig ist. Dabei bleiben wir stehen zum Heile des Vaterlandes. (Bravo.)

Abg. Gerold (Hetzgr.):

Mit der Polenpolitik sind wir nicht einverstanden gewesen, wir verlangen Vertrauen gegenüber der polnischen Bevölkerung. Die politischen Fragen sollen Preußen sein und bleiben. Die Errichtung des polnischen Staates ist eine große Tat und ein Beweis von Unvergleichlichkeit, der von den Polen anerkannt wird, und wir können erwidern, daß sie sich auch in Zukunft als Verbündete Deutschlands fühlen werden. Dazu wird beitragen die Revision der preussischen Polenpolitik. Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab.

Abg. Strödel (Kons.):

Die Proklamierung des polnischen Staates ist ein Akt der selbstherrlichen Ausbeute, der einem politisch mündigen Volke nicht zugemutet werden sollte und den man vielleicht selbst der russischen Duma nicht hätte bieten können. Mit der Schaffung des Königreiches Polen ist ein wichtiger Teil der Kriegspolitik vorweggenommen. Während dieser Ausführungen enthielt folgende Umruhr im Hause. Im Ausland hat man andere Vorstellungen von der Würde und den Pflichten einer Volksherrschaft als bei uns. Die Antragsteller lehnen die Verantwortung für die Gründung des Königreiches Polen ab, aber sie müssen, wenn sie es ernst meinen, auch Konsequenzen ertragen, um zu verhindern, daß das erzieht, was sie für schädlich halten. (Die Umruhr im Hause nimmt zu und macht die Ausführungen des Redners unverständlich.) Eine Befreiung, die die Polen militärisch, wirtschaftlich und politisch an Deutschland bindet, ist keine Befreiung. Wir ex-

warten, daß das Kaiserreich, das die Zwangsrepräsentation in den letzten Monaten vertriebt, auch von Deutschland selbständig werden es verprochen werden ist. Die Antragsteller bitten den Reichstag, die Hand zur Verhöhnung, wenn sie auflösen, sich als einen selbständigen Unterföhlen Umständen in eine Verhöhnung umzuwandeln, die verweist auf die angebliche Neuorientierung und verwehrt, während des Krieges die Gleichberechtigung. (Als der Redner sich fähig darauf einzugehen will, wird er zur Erde gerufen.) Im weiteren Verlauf der Sitzung wird die Schaffung eines selbständigen Staates als ein Ziel, das nur durch die Schaffung eines selbständigen Staates erreicht werden kann, und damit hat die Reichstagsvorlesung in der Sitzung erfahren. Wir verlangen den Frieden und die Durchführung auf dem Wege friedlicher Verständigung. (Als der Reichstag weitere Ausführungen darüber macht und über die Beschaffenheit der Literatur und Kapitalismus spricht, wird er erneut zur Erde gerufen.)

Minister v. Kochel:

Ich halte es für meine Pflicht, auf diese zum Teil unerwarteten Ausführungen zu antworten. (Lebhafter Zustimmung.) Die ganze Mehrheit des Hauses steht turnhoch aber solchen Ausführungen gegenüber. (Ermunter Zustimmung, lärmende Juraufen der Sozialdemokraten.) Es ist die beschlossene (Ermunter Zustimmung), daß in einem Parlament solche Reden gehalten werden können, die die Freiheit im Ausland schädigen. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk wird sich aufheben gegen solche Reden (lärmende Zustimmung und Widerspruch), die nicht im Einklang stehen dürfen, ohne eine Erwiderung zu finden, die ihrem Inhalt voll im Lande finden wird. (Lebhafter Zustimmung und Juraufen der Sozialdemokraten.)

Abg. Strödel:

Was der Minister gesagt hat, steht turnhoch unter dem Namen dieses Hauses. (Großer Lärm, worin die nächsten Ausführungen des Redners verloren gehen.) Ihre (zu dem Minister gerichteten) Ausführungen schädigen das Deutschtum im Ausland. (Der Reichstag wird zur Ordnung gerufen.) Der Minister hat mich mit dem Reichstag widerlegt. Er hat das Volk wieder sich aufzuheben, solle das Volk, nur selbst urteilen lassen. Ihre Politik, Ihre Republik, die schädigt uns im Ausland und namentlich die Reichsteile. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.)

Sorgen Sie (zum Minister) Kraft Ihres Amtes dafür, daß die Ausführungen im Lande gemacht werden können, dann können wir sehen, was sich aufbaut. (Der Redner ist während seiner Ausführungen ständig von lärmenden Juraufen unterbrochen.)

Damit schließt die Diskussion. Der Polenaustrag wird in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 104 Stimmen bei drei Stimmenthalten angenommen. Nächste Sitzung 4. Dezember 1 Uhr: Ernährungsfrage. Schluß 7 Uhr.

Britische Wirtschaftskriegsorgen.

Halb entrüstet, halb bewundernd erzählen die Briten anlässlich der schamlos völkerrrechtswidrigen Versteigerung der privaten Eigentums deutscher Firmen in Nigeria, vom großen Anteil, den deutsches Kapital und deutsche Unternehmungsgelüste vor dem Kriege an der wirtschaftlichen Erschließung und Ruftung dieser britischen Kolonie hatten. Ehe das englische Protektorat Nigeria entstand, berichtete das Blatt, ja noch ehe die Briten Lagos kauften (1801), hatten deutsche Unternehmungen hier Handel. 1913 hätte der samtstauhandeln Nigerias sich auf 14 1/2 Millionen £ beliefen. 4 Millionen davon seien auf die deutschen Firmen entfallen. Von den 6.8 Millionen Pfund auswärtigen heimischen Zeugnisse sei annähernd die Hälfte durch deutsche Firmen gegangen, von den 2.3 Millionen £ des Exportes von Nigeria sogar auf zwei Drittel: 1.5 Millionen. Großbritannien habe die nördlichen Provinzen auf, aber bei der verheerenden Schwäche des britischen Handels konnten die Deutschen den großen Teil des sich daraus ergebenden Profites an sich ziehen.

Ueber die weitere Entwicklung zeigt sich die Times sich besorgt. Sie sieht ein, daß es nicht genügt, die deutschen Unternehmungen zu stellen. Man müsse auch ihre Kolonie schon schmerzlich entbehren) Leistungen leisten; und zwar noch während des Krieges selbst. Es kommt nämlich ein ande r e r, weil man soeben in China, Indien, Australien, wo Japan sich breit macht, und in Südamerika, wo die Pantees vorstoßen, erfahren hat.) Selbst in Südamerika, wo die Pantees vorstoßen, erfahren hat.) Selbst in Südamerika, wo die Pantees vorstoßen, erfahren hat.) Selbst in Südamerika, wo die Pantees vorstoßen, erfahren hat.) Selbst in Südamerika, wo die Pantees vorstoßen, erfahren hat.)

Das heftigste brutale Verbrechen des Nordbesitzes bemerkenswert für uns, bemerkenswerter noch für die Briten. Es zeigt das England von heute, das zur Zeit greift, weil es in ehrlichem, offenem, unbedingtem Wettbewerb mit uns Hinterreden gerät, das Borussia in der Welt weil es an seine Ueberlegenheit auf freien nicht mehr glauben kann. Es zeigt die Bestimmung, die eine der wesentlichsten Ziele des Weltkrieges geworden ist.

Aus der türkischen Kammer.

Konstantinopel, 18. Nov. (W.A. Nachrichten.) Kammerpräsident Hadshi Adil Bey hielt bei der Uebernahme des Vorsitzes eine Rede, in der er u. a. folgendes sagte:

Die Ereignisse haben gezeigt, daß Gott jenen seine Güte zuteil werden läßt, die angesichts der den Bestand der Nation bedrohenden Gefahr Festigkeit und Tapferkeit entfalten. Die tomanische Geschichte ist um ruhmvolle Seiten bereichert. Die türkische Heere haben mit todesverachtender Tapferkeit an der Seite der Verbündeten gekämpft und so einen wirksamen Schritt zur Verwirklichung des gemeinsamen Zweckes an der Seite der Verbündeten getan. Im Einklang mit den Verbündeten wird die türkische Nation durchhalten bis zur Erlangung eines auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Friedens.

Die Rede des Präsidenten wurde wiederholt von Beifallstürmen unterbrochen. Die Kammer beschloß, der türkischen Marine Glückwünsche übermitteln zu lassen.

Der Emir von Rektia hat an die Kammer ein Telegramm gerichtet, in dem er seine Wünsche für ihre erfolgreiche Tätigkeit ausdrückt.

Die Kammer nahm die Wandaufniederlegung des von dem geordneten von Damaskus Emir Ali Pascha und von den anderen arabischen Abgeordneten an. Die freien Abgeordneten mandate von Kasnamun fielen bei der Wahl auf zwei Stimmen, die die Partei für Einheit und Fortschritt.

m. Köln, 21. Nov. (Pr.-Tel.) Die Königlich Preussische Eisenbahnenverwaltung hat im Reichstag gefordert, die bestehende Vergünstigung der freien Fahrt auf den Eisenbahnen in der Weise erweitert werden, daß die freie Fahrt der Freiheit auf die Dauer der ganzen Reiseperiode erstreckt. Wie man glaubt, wird der Gesetzentwurf seinem nächsten Zusammentritt dem Reichstag vorgelegt.

Aus Stadt und Land.

Mit dem ausgezeichnet

Offizier Heinrich Schertel, Sohn des Georg Schertel, Feuerwehrmann, Mannheimerstr. 20.

Das Eisenerzwerk 1. Klasse erhielt: Interoffizier Walter Emil Herzog bei der Heil- und Pflegenanstalt Wiesloch, Oberst zur See, Kommandeur eines Unterbootes Herbert Reisinger von Emmendingen und Lt. Frapong im Inf. Regt. 114. — Mit dem Eisernen Halbmond wurde ausgezeichnet: Oberwachtmeister Franz Hollinger von Werbach bei Landwehrschiffbau.

Großherzogin Luise an den Vaterländischen Frauenverein.

Zu der Jubiläumstagung des Vaterländischen Frauenvereins, die, wie schon von uns gemeldet, vor wenigen Tagen in Berlin abgehalten wurde, war auch die folgende Kundgebung der Großherzogin Luise eingelaufen:

Ihre Majestät die Kaiserin gestattete mir in ihrer unergründlichen Güte, ein kurzes Wort der Begrüßung bei der heutigen 50-jährigen Feier des Bestehens des Vaterländischen Frauenvereins an die Versammlung zu richten. In der, dem Gedächtnis meiner Eltern, in Gott ruhenden Mutter gedachten Stunde schenke ich Ihnen in Gott Opfertätigkeit und schmerzlicher, als ich es in Worten sagen vermag. Meine Gesundheit und mein hohes Alter zwingen mich dazu. Aber im Geiste feiere ich, wohl eine der wenigen, welche diese 50 Jahre miterleben durften, diese Stunde mit Ihnen allen aus tiefstem Herzensgrund. Mit Ihnen allen gedanke ich in dieser Stunde, daß Kaiserin Augusta durch die Gründung des Vaterländischen Frauenvereins vor 50 Jahren in das Leben getreten ist: ein Werk unermesslich großer christlicher Nächstenliebe und selbstloser Wohltätigkeit. Sie hat sich selbst damit ein Vorbild gesetzt, vor welchem wir in stiller Ehrfurcht stehen. Aber unsere Dankbarkeit gilt auch aus demselben Herzen unserer hochverehrten Kaiserin, welche nun seit 20 Jahren das Lebenswerk unserer geliebten Mutter in weitläufiger und unermüdbarer Fürsorge übernommen und zu immer größerer und reichlicher Entfaltung gefördert hat. Der Vaterländische Frauenverein hat, getreu den ihm gestellten Aufgaben, in dieser Zeit des gewaltigsten aller Kriege, seine Tätigkeit in hervorragender, bewundernswürdiger und unermüdbarer Weise gegenwärtig und in weitesten Kreisen bewahrt. Sie verbinden sich in dieser weislichen Freier Vergangenheit und Gegenwart in dankbarem Aufblick zu Gott, dessen Segen sichtbar über dem Verein gewaltet hat und auch fernher walten wird, wie mein Gebet aus der Ferne ihn in dieser mich tief bewegenden Stunde darum bittet.

Schloß Baden, den 11. November 1918.

Gr. Luise, Großherzogin von Baden, Prinzessin von Preußen.

Der Opfertag für die deutsche Flotte.

Einheim. 20. Nov. Bei dem gestrigen Marineopfertag sind über 1000 Mark gesammelt. Für den Opfertag sind in das Feld bis jetzt für das hiesige Bataillon 2000 Mark gesammelt.

In Karlsruhe hatte der Opfertag das erfreuliche Ergebnis von rund 4000 Mark, von denen 4500 Mark durch den Straßenverkauf aufgebracht wurden. Die in den Vororten gesammelten Beträge sind in der Summe noch nicht enthalten.

Umsatzsteuer.

Über die am 1. Oktober in Kraft getretene Warenumsatzsteuer ist ein Merkblatt hergestelt worden, das über die wichtigsten Vorschriften dieses Reichsgesetzes Auskunft gibt. Es soll namentlich den Kleinrenten sowie den kleineren Gewerbetreibenden bei Beachtung der neuen Vorschriften erleichtern. Das Merkblatt wird dieser Tage bei allen Finanzämtern und Hauptsteuerämtern sowie bei den 1000 Steuerermittlern des Landes aufgelegt werden; dort kann es eingesehen, unter Umständen auch entliehen werden. Auch sind die Handelskammern und Handwerkskammern sowie die Landwirtschaftskammern damit ausgestattet worden.

Die Verwirklichung der Kleinkinderfürsorge.

Die Mütter des Badischen Frauenvereins besinnen sich erneut auf den Reichtum der Verwirklichung der Kleinkinderfürsorge, indem sie demnach hinweisen, daß die Fürsorge für das Kind vom 1. bis 6. Jahre noch nicht so vollkommen organisiert ist, wie es notwendig wäre. Viele der gesundheitlichen Schädigungen, die der Kinder zur Last gelegt werden, sind schon früher erworben und werden schon in die Schule mitgebracht, in der sie sich freilich noch weiter steigern können. Die Schulärzte kommen somit für eine gewisse vorwiegende hygienische Fürsorge häufig zu spät; sie treffen die Schädigungen schon an. Die Schulgesundheitspflege hat somit unter der Voraussetzung der Gesundheitsverhältnisse des vorwiegend bürgerlichen Alters zu leiden. Deshalb ist die Forderung einer umfassen-

Im Vorübergehn.

Von Paul Alexander Schertler.

Hans.

Jeden Morgen steht er am Bürgersteig und wartet auf mich, während seine Geküsterin mit Hochmut und Schöpplingsstiefeln zu verschanden, steht Hans, der Karrengaul, gekleidet, ein Philosoph, und schaut ins Leere.

Aber, ist auch sein Geist vielleicht in unfruchtbarer Gedankenwege verirrt, er kennt meinen Schritt und wendet den Kopf, wenn er mich kommen hört. Das Schicksal hat es gefügt, daß ich jetzt sein Geschäft in meine Straße führt, wenn ich ins Bureau gehe. Das geschieht jeden Morgen Schlag halb vier Uhr, pünktlich! Denn wie Bureauangestellten müssen auch Karrengaul die Tugend der Könige zu der ihrigen machen.

Und Hans weiß, daß ich ihm den guten Morgen, den wir uns wünschen, durch ein vom Kaffee abgesetztes Zuckerstück verschöne, das ich ihm in das samtweiche Maul stecke, und an dem er mit kindlichem Genießertum knabbert, bis ich um die Ecke bin.

Jeden Morgen ist das so gegangen. Im Winter wie im Sommer. Der Krieg und die jeweilige politische Lage ändern nichts an unserem stillschweigenden Abkommen. Es sei aber, daß einer von uns beiden hätte in den Krieg müssen, das Vaterland verzichtete bisher auf uns. Unser freundliches Verhältnis blieb das alte, bis —

So, eines Tages geschah etwas Unerwartetes. Das übliche Zuckerstück neben meinem Morgenkaffee fehlte — und Hans schauerte vergebens nach meiner Hand, als ich an ihm vorüberkam. Meine Hand war leer.

Der Zucker ist ausgegangen, Hans! sagte ich und klopfte meinem Freunde den Hals. Der Krieg, lieber Hans! Siehst du, ich hätte dir ja gern dein Süßchen Zucker mitgebracht, aber die Zuckermühle zwingt mich — und Saccharin ist noch nichts für dich, wie?

Hans suchte ungläubig nach meiner Hand. Schließlich

den Kleinkinderfürsorge von größter Bedeutung und Berücksichtigung. In Baden betragen ungefähr 100 Kinderkassen und der Badische Frauenverein unterhält etwas über 100 Kinderbewahranstalten. Diese leisten eine soziale und erzieherische Arbeit. Heute entspricht ihre Zahl fast nirgendwo dem Bedarf, weshalb eine Vermehrung dieser Anstalten notwendig ist. Der Badische Frauenverein betrachtet es nun als seine Aufgabe die Kleinkinderfürsorge noch mehr wie bisher in den Kreisen seiner Tätigkeit zu leben und er hat seine Zweigvereine auf Wunsch der Großherzogin Luise angefordert, Vorschläge zu der Durchführung der neuen Aufgabe vorzulegen.

Zum Offizier-Stellvertreter befördert: Dagefeldweber Carl Behrendt, Beamter der Firma Lang.

Gewichtsausschreibung auf die Fleischarten. Nachdem sei demnach hingewiesen, daß nach den Vorschriften des Kriegsernährungsamtes Fleischwurst und Fleischkonserven, letztere einschließlich des Dosenfleischs, mit der Hälfte ihres Gewichtes auf die Fleischsorte anzurufen sind und daß diese Bestimmungen auch für solche Fleischwurst und Fleischkonserven gilt, die irgendwelche Streckungsmittel oder Fleischabfälle enthalten, ebenso für sog. gemischte Fleischkonserven, für Würste, Leberwurst oder dergleichen. Die Ausschreibung darf in all diesen Fällen nicht höher, aber auch nicht niedriger als mit der Hälfte des Gewichtes stattfinden. Bei diesem Anlaß wird hervorzuheben, daß Fleisch und Fleischwaren ausländischer Herkunft wie inländisches Fleisch und inländische Fleischwaren zu behandeln sind und nur gegen Fleischmarken abgegeben werden dürfen.

Sein 55jähriges Dienstjubiläum feiert heute der badische Richter Friedrich Grün.

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert heute Dienstag Herr Ludwig Zimmerman, Sattler, und dessen Ehefrau Barbara geb. Koch, Emil Heidestr. 28.

Verzeihung für Versehen. Der für morgen Mittwoch angekündigte Vortrag des Stadtschreibers Dr. Kaufmann-Mannheim muß wegen Verhinderung des Redners auf später verschoben werden.

Polizeibericht

vom 21. November.

Brandausbruch. Vermutlich durch Selbstentzündung gerieten heute früh zwischen 5 und 6 Uhr in dem Zeitraum des Anwesens Industriestrasse Nr. 5a mehrere Hundert Zentner vorliegend lagernde Brekitten in Brand. Das Feuer wurde von der Berufsfeuerwehr wieder gelöscht. Der verursachte Schaden ist bis jetzt noch nicht festgestellt, dürfte sich aber auf mehrere Hundert Mark belaufen.

Vergnügungen.

Mannheimer Künstlertheater „Apollo“. Wir machen nochmals auf die morgen Mittwoch 8 Uhr beginnenden Vorträge unter Leitung von Frau Dr. W. S. Müller, Subtoischlerin, aufmerksam. Als erstes Thema- und Langreden wird „Die Gläubigen“ von Frau Dr. W. S. Müller gegeben. Der ersten Vorstellung geht ein Vorspiel voraus, verfaßt und gesprochen von Frau Dr. W. S. Müller. Die neuen Dekorationen zum zweiten Akt sind in den Werkstätten des Künstlertheaters angefertigt.

Stimmen aus dem Publikum.

Die vor einiger Zeit erschienenen Aufführungen wegen dem vorzeitigen Garberodeabschied bei den sonntäglichen Rosengarten-Konzerten scheinen bei einem Teil des Publikums kein Echo gefunden zu haben. Was im Rosengarten-Abend war, konnte beobachtet, daß diese Kauferei bereits zwischen 1/2 und 1/4 Uhr begann und zwar gerade während der Abendbildungsstunden. Dieser Anlauf kann nicht genau gerügt werden. Am besten wäre dieser Anlauf abzuhelfen, wenn die verbleibende Rosengartenkommission anordnet, daß die betreffenden Personen mit ihrer Garberode nicht mehr in den Saal eingelassen werden.

Das Dankes vieler anderer Konzertbesucher wird die Kommission gewiß sein.

Ein regelmäßiger Konzertbesucher.

Aus dem Großherzogtum.

rr. Baden-Baden, 21. Nov. Am morgigen Tage begeht Herr Geh. Hofrat Frz. L. Fr. Fr. hier selbst die Feier seines 90. Geburtstages. Im Jahre 1870 wurde er von Konstanz nach Baden-Baden als Direktor des hiesigen Großherzoglichen Gymnasiums versetzt und blieb bis zum Jahre 1897 Leiter dieser Anstalt, um dann in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. In den 27 Jahren seines hiesigen Wirkens hat er sich um die Ausbildung unserer Jugend große und anerkannte Verdienste erworben und in allen Kreisen erste und erfreut er sich noch heute großer Beliebtheit. Körperlich und geistig noch außerordentlich rüstig, bringt er allen öffentlichen Angelegenheiten noch das weitgehendste Interesse entgegen, was besonders bei seinen vielen ehemaligen Schülern Freude auslöst, die seiner gerne gedenken und ihm auch weiterhin einen sonnigen Lebensabend wünschen werden. Es darf bei dieser Gelegenheit auch dankbar darauf

sich er mich mit seinen großen Kinderaugen enttäuscht und gekränkt an.

„Wir alle müssen heute sparen“, redete ich ihm zu und ging.

Er schüttelte unbehaglich die Achse.

Sporen? Er begriff nicht, daß es nicht einmal ein kleines Stück Zucker für ihn geben soll, und mit traurigem Blick schaut er mir nach.

Aber jeden Morgen, wenn er mich kommen hört, wendet er den Kopf und spürt die Ohren. Er hofft und hofft, daß ich ihm doch wieder ein Stück Zucker bringen werde...

Der Tanzsaal.

Der Herr Bürgermeister hatte Kartoffeln herinschaffen lassen. Viele Eisenbahnwagen voller brauner Kartoffeln, die an die Bürger der Stadt verteilt werden sollten.

Es war ein gewaltiger Segen der trefflichen, nahrhaften Knollenfrucht, der plötzlich über die Stadt hereinbrach. Ueber den Segen durfte der Bürgermeister sich freudig die Hände reiben, aber bei der Frage der augenblicklichen Unterbringung begann er sich doch hinter den Ohren zu kratzen. Wer hätte auch gleich einen Keller, der für die ganze Gemeinde langte, zur Stelle gehabt?

Wiso mußte als Notbehelf ein leergestandener Tanzsaal zum Kartoffelkeller ausgewiesen, mußte die Mengen fassen, bis die Verteilung vor sich ging und jeder Bürgerkeller das Seine bekam.

Ein Tanzsaal! Der Tanzsaal lag draußen vor der Stadt. Das junge Volk war allsonntags hinausgeschickert in fröhlichen bunten Gruppen, lachend und verliebt, die Ältern gravitätisch mit den Rockharn im Sonntagsstaat.

In die lauen Sommernächte hatte die Tanzmusik ihre rhythmischen Wesen geduldet, die Ältern hatten beim Kaffee oder Bier gelassen, die Jungen drehten sich im Wirbel der fliegenden taumelnden Luft.

Ein leergestandener Tanzsaal war es geworden, als die Kriegstrommel hart und unerbtlich die elegische Tanzmusik verstummen machte.

Am Mittwoch, den 22. November gelten folgende Marken:

Kartoffeln: Für je 5 Pfund die Kartoffelmarken 35 und 37. Brot: Für je 750 Gramm die Marken 1, 2, 3 und 4. Mehl: Für 200 Gramm Weizenmehl (nur bei Backern) die Marke K 2.

Leigwaren: Für 125 Gramm die Marke K 2. Butter: Für ein achtel Pfund Butter die Marke 33 in den Verkaufsstellen Nr. 1-150 an die dort eingetragenen Kunden.

Speiseöl und Fett. (Schweinefett, Feinöl oder Margarine) für je 25 Gramm die Marken 11, 12 und 13 (5 Fettmarken = 1 Liter Speiseöl). (Dieses Fett kommt noch nicht aufgrund der Kundenzahl zur Verteilung. Es ist an jeden Käufer abzugeben, wenn derselbe glatte Marken vorliegt und bar bezahlt.)

Zucker: Für 250 Gramm die Zuckermarken 17 und 18. Backwaren: Für je 150 Gramm die Marke K 1. (50 Pf., das Pfund.)

Größen: Für 100 Gramm die Marke L 1. (50 Pf., das Pfund.) Größe: Für 100 Gramm die Marke L 2. (25 Pf., das Pfund.) Getreide: Für 1 Pfund die Lebensmittelmarke 1 für Kinder (25 Pf., das Pfund).

Seife: Für 50 Gramm Seife (Käse- oder Kastorseeife) und 250 Gramm Seifenpulver die November-Marken der Seifenwerke.

Eier: Für ein Ei die Eiermarke 5 in den Verkaufsstellen Nr. 1-150 an die dort eingetragenen Kunden.

Stoffe: Für jede Haushaltung ein Briefchen mit 125 Gramm Streichwachs in den Drogerien und Apotheken gegen die Haushaltungsmarke 1 der neuen „Ausweisliste zum Bezug von Lebensmittel“.

Fleisch: Für diese Woche 250 Gramm. (Eine Marke gilt für 25 Gramm Fleisch mit Knochen, oder 20 Gramm Fleisch ohne Knochen, oder 40 Gramm Fischkonserv.). Städtisches Lebensmittelamt.

hingewiesen werden, daß Hofrat Fröhe seit langen Jahren ein eifriges Mitglied der nationalliberalen Partei ist, der er sein hervorragendes Wissen und Können stets in bereitwilligster Weise zur Verfügung gestellt hat.

Freiburg, 21. Nov. Die Schaffung auf dem städtischen Riefelgut soll, um sie einträglicher zu gestalten und damit auch die Fleischversorgung der Stadt zu erhöhen, erheblich erweitert werden. Die Verwaltung hat daher beim Stadtrat beantragt, wegen des Kaufs von mindestens 200 Weidbämmeln und Schafen die nötigen Schritte zu unternehmen.

Triberg, 18. Nov. Einem auswärtigen Herrn, der von einer Einkaufsreise anscheinend aus dem Allgäu kam, wurde im hiesigen Hauptbahnhof ein Paket mit 30 Pfund Butter abgenommen.

Sportliche Rundschau.

Fußball. Entscheidungsspiel der Klasse A 1, Bezirk Neckargau. Verein für Reisespiele Mannheim gegen Rhönig Mannheim 3-1 verloren. Scharfer Kampf. E. F. Mannheim mußte mit 2 Ersatzleuten antreten für die beiden Hauptleute Burger und Scholz. — Entscheidungsspiel der Klasse A 2, Bezirk Neckargau, Vereinigung Neckarau gegen Fußballverein Weinsheim 7-0 gewonnen. Am Anfang scharfes Spiel. Nach Halbzeit Vereinigung immer im Angriff. Der Schiedsrichter war sehr lobenswert. A.

Die Volksernährung.

Wer verteuert die Fischpreise?

sh. Rönigsberg, 18. Nov. Von einigen Tagen hat in Kiel eine außerordentliche Delegationenversammlung des Bundes Schleswig-Holsteinischer Offiziere stattgefunden, die sich mit der hohen Erzeugung der Fischpreise beschäftigte und in seiner Entscheidung zum Ausdruck brachte, daß sich Fischhandel und -Industrie auf den Aufträgen gegenwärtig die Preise kostrelben, um nur Ware zu erhalten. In derselben Auffassung ist eine Mitteilung gehalten, die der „Königsb. Zeitung“ den „W.“ zugeht und die lautet: „Bei dem schönen und stillen Wetter hatten die Kranzer Fischer, die fast alle zur Ausbildung ihres Gewerbes, das der Volksernährung zu schätzbare Dienste leisten, auf längere Zeit beurlaubt sind, ganz bedeutende Fänge erzielt. 100 Tonne Dorsch waren es wohl fast jeden Tag; es gab aber auch Lauge, an denen sie mehr als 100 Tonne herbeibrachten. Damit sie schneller nach und von ihren Heimatorten kommen können, ist ihnen von der Regierung ein Dampfer gestellt, der sie alle in zwei Reihen hintereinander ins Schlopphaus nimmt. Der Dampfer bleibt dann Nacht über hier vor Frana liegen oder geht zur Wasseraufnahme, die hier mit Schmieröl-Ären verbunden ist, nach dem nahen Reutleben, in den Döfen. Von diesem geht großen Fängen der aber Frang fehlt und auch die Cipreuen wenig oder gar nicht abholmen. Täglich

und nun häuften sich Berge von Kartoffeln dort, Kartoffeln, die notwendigste Nahrung der Gemeinde.

Und wieder zogen sie hinaus, Junge und Alte, den bekannten Weg zum Tanzsaal. Es waren bunte Gruppen, mit Körben und Säcken, mit Wägelchen kamen sie an. Kein Ueber-schwang, kein gravitätisches Stolzieren, es war ein stilles Wall-fahrten. Sie drängten sich geduldig am Eingang des Tanz-saales, in dem ein lebhaftes Hantieren war, und warteten mit scheuer Ergebenheit.

Ihre Blicke waren mehr in sich gefehrt, ihre Lider gesenkt, und nur ein paar Augen verloren sich wie zufällig über die Menge hinaus, und da sahen sie, daß über dem Eingang des ehemaligen Tanzsaales ein buntes Etwas hing, ein Gewirr von bunten Fähnchen und verflochtenen Papiergirlanden — ein Papiergebäude, das die Zeit der großen Auskehr vergessen hatte, mit großen Schnörkelbuchstaben:

Heute großer Extraball — Schönheitskonturrenz — Be-m-haftes Brillantfeuerwerk — — —

Schönheitskonturrenz — — — Brillantfeuerwerk — — —

Und die es sahen, lächelten still über sich hinaus.

Sonntag war es

Sonntag war es, die Glocken saugen ihr Morgengebet. Sie sahen auf der Bank vor dem Hause, Großvater, Groß-mutter und der feldgraue Enkel.

Der Enkel erzählte von draußen, von Taten und Aben-teuern, von heißen Tagen und harten Nächten, Stürmen und Schlachten. Er sprach davon, wie von einem graußig spannenden Theaterstück, das sich vor seinen Augen abgespielt. Und er hatte doch mit auf der Szene gestanden. — Aber hier do-helm war ihm alles in eine weite Ferne gerückt. Bloß an seinem Woffenrock blinkte und nickte zustimmend das kleine Eisenkreuzlein.

Großvater posierte aus der langen Pfeife und lauschte den Erzählungen des Jungen. Ueber seinem Gesicht lag ein eigen-es, ein verklärtes Lächeln, als höre er nicht nur die Worte des Soldaten, als lausche er auch in sich hinein. In seinen Augen glommt ein seltsames Erinnern. Vergessenes wurde zu blutwarmem Erleben. Er lächelte und nickte.

waren Käufer aus Elbing und Danzig hier, die alle Preise mit Fortnahme und die Preise ungeheurer in die Höhe trieben. Trotzdem sie sich Rechte und Verstand zum Verstand der Preise selbst mitbrachten, haben sie 75 Pfennig für das Pfund Torsch, ein unerhörter Preis im Getreidehandel, gezahlt. Nun hat sich die Militärverwaltung diesen Mißstand gegenüber im Mittel gelegt und mit den Mäthern folgendes vereinbart: Von den jetzt hereinkommenden Fängen haben die Mäther zur Versorgung von Tranz und Umgebung bis 70 Zentner zurückgehalten und den Rest an die Militärverwaltung des I. Armeekorps abzuliefern. Der Preis wurde auf 50 Pfennig das Pfund festgesetzt. Zur genauen Kontrolle und Ueberwachung ist ein Beamter hierher geschickt worden.

Die Pflichten der Landwirtschaft.

München i. B., 19. Nov. Unter sehr zahlreicher Beteiligung haben hier die der westfälischen Landwirtschaftskammer angehörenden landwirtschaftlichen Vereine aus Westfalen und Lippe eine außerordentliche Kriegstagung abgehalten. Gegenstand der Beratung war die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, die der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Landrat Frhr. von Ledebur (Crolage) in seinem Eröffnungs-vortrag als außerordentlich ernst bezeichnete. Die Ernährung werde immer schwieriger, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Das Durchhalten sei uns nur möglich, wenn wir uns aufs äußerste einschränken. Die Landwirtschaft müsse ihre Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion erledigen, sondern auch, wie Hindenburg in dem bekannten Brief an den Reichskanzler betont habe, darin, ihre Erzeugnisse, insbesondere Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Die Ernährung der Industriearbeiter, die die Munition schaffen sollen, müsse sichergestellt werden, koste es, was es wolle. Der Landwirt brauche nicht alles auszumachen, was ihm als Erzeuger zustehe. Jetzt heiße es, sich einschränken lassen, nicht das zu verlangen, was man beanspruchen könne. Jeder Landwirt müsse über seine Pflicht hinaus freiwillig leisten, was nur eben in seinen Kräften stehe. Aufklärung für das, was gegenwärtig für uns auf dem Spiele stehe, müsse in jedes einzelne Bauernhaus getragen werden. Der Oberpräsident, Prinz von Kalibor und Corvey, und der stellvertretende Kommandierende General des 7. Armeekorps, Frhr. v. G a u l, betonten ebenfalls die Wichtigkeit der Sicherstellung der Ernährung der Arbeiter in der Schwerindustrie und insbesondere in den Munitionsfabriken, und ermahnten die Landwirte eindringlich zur freiwilligen Hergabe von ihren Vorräten. Regierungspräsident Graf von Merfeldt gab als Vorsitzender der verschiedenen wirtschaftlichen Provinzialstellen Aufklärung über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen. Er habe die feste Ueberzeugung gewonnen, daß bei einem großen Teil der Landbevölkerung kein Verständnis herrsche für den schweren Ernst der Lage. Die Schwierigkeiten, die sich in der letzten Zeit in der Lebensmittelversorgung ergeben hätten, seien ungewöhnlich groß. Das deutsche Volk sei stark genug, das Schwere zu ertragen. Wir müßten durchkommen und würden durchkommen. Polizeipräsident Landrat zur Nieden (Gelsenkirchen) führte aus, daß man in Industriekreisen nicht die Ueberzeugung habe, daß die westfälische Landwirtschaft das leisten, was sie in der Jetztlage leisten könne. Die Frage der Futtermittelversorgung behandelte Regierungsassessor Dr. D r z a d z y n s k i von der Landesuttermittelstelle in Berlin und der Geschäftsführer der westfälischen Landwirtschaftskammer, Dr. G e r l a n d. Letzterer führte u. a. aus, daß in Westfalen etwa 200 000 Schweine von gewerblichen Arbeitern gehalten würden, und daß Tausende von leichten Tieren unter einem Zentner abgeschlachtet werden müßten, weil keine Futtermittel vorhanden sind. Ueber die Schwierigkeiten der Fettversorgung sprach der Vorsitzende der Landesfettstelle Berlin, Landrat G r a e v e n i g. Im Sinne des Erlasses unseres großen Heerführers Hindenburg hat er, jeder einzelne möchte auf seinem Teil dahin wirken, daß die Milch und die Butter auf dem Lande in möglichst weitem Umlange zur Ablieferung komme. Die Landwirte dienen damit ihren eigenen Interessen und bewährten, das sei seine feste Ueberzeugung, unsere gesamte Landwirtschaft und jeder einzelne seine eigene Wirtschaft vor sonst möglichen schweren Einwirkungen, wenn es anders nicht möglich sei, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen.

Die Getreideschiebungen in Danzig.

Schon seit geraumer Zeit war es den Zentralbehörden aufgefallen, daß so wenig Getreide im Verkehr war. Allmählich wurde es klar, daß durch Schieber und Schieberge-nossen ungeheurer Mengen von Getreide aus der Ernte 1915 spurlos zum Verschwinden gebracht worden sein mußten. Man ging der Sache nach und bald ergaben sich an ver-
 *
 Schen seit geraumer Zeit war es den Zentralbehörden aufgefallen, daß so wenig Getreide im Verkehr war. Allmählich wurde es klar, daß durch Schieber und Schieberge-nossen ungeheurer Mengen von Getreide aus der Ernte 1915 spurlos zum Verschwinden gebracht worden sein mußten. Man ging der Sache nach und bald ergaben sich an ver-

„Arat wie siebzig!“
 Zu seinen Worten nickte gleichfalls ein kleines Eisentrüchlein, das sich Großvater heute angesteckt hatte, das Kreuz von siebzig.
 Großmutter aber sah schweigend und nachdenklich hinaus über die Landstraße in die blauen Beerwälder drüben. Wurden in ihrem grauen Sorgenkopf auch alte Bilder nach oder hing sie eigenen Gedanken nach?
 Einmal sagte sie:
 „Schau, da kommt die Lene!“
 Großvater schien es zu überhören, aber der junge Feldgrauwe fluchte und blickte auf. Dann erhob er sich ungeschickt und ging dem Mädchen einige Schritte entgegen.
 Sie standen sich gegenüber, der Soldat und das junge Mädchen. Sie legten zum Gruß die Hände ineinander und blinzelten einander in die Augen, mit einem langen, hingebend-scheuem Blick. Einige Herzschnitte verweilten sie so.
 Großvater sah auf, paßte und nickte.
 „Arat wie siebzig!“ und griff nach Großmutter's welter Hand.
 Großmutter lächelte verkommen.
 ... die Blüten sangen ihr Morgengebete. ...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Theaternachricht.
 Der erste Gipsabdruck des Ballett-Ensembles der Rheinischen Bühnen am Donnerstag wird durch eine Aufführung von Kallers Aufspiel „Die Schuhe der Chemannner“, das bei dieser Gelegenheit zum erstenmal in Mannheim gespielt wird, eingeleitet. In dem Aufspiel sind beschäftigt die Damen Allee Hoffmann, Grete Schönbach und die Herren Wenzel Hoffmann, Georg Schütz, Alexander Häfer, Wilhelm Kolmar, Karl Neumann-Goddy, Albert Schellham. Die Spielleitung hat Richard Weichert.
 Am Sonntag, den 20., wird die Vormittags-Aufführung „Bismarck“ wiederholt.
 Der Horst-Schieberabend am 26. November im Musiksaal.
 Gelegenlich eines vor kurzem im Verhohensam in Berlin von dem Horst bezauberten Siederabend wird n. a. geschrieben:

denen Orten die Belege für solches unehrliches Treiben. Am Juni d. Is. erfolgte die Aufdeckung der Getreideschieber und Schiebungen in Rendenau, Kreis Schwyz, im September etwa folgten die Posener Fälle, an deren Spitze Kommerzienrat Kahenellenbogen stand, und jetzt sind in Danzig ähnliche Fälle aufgedeckt worden. Es handelt sich bei diesen um unerlaubten Handel mit Getreide und Getreidefabrikaten.

Die aus der Ernte 1915 hinterzogenen Getreidemengen sind nach den „Danziger Neuzeit Nachr.“ dadurch erlangt worden, daß die Händler unter Ueberbietung der Getreidehöchstpreise sich von den Landwirten reine Getreide verschafften, diese Getreide mit Weizen oder ähnlichem Zeug verlegten und diese künstlich als „Gemenge“ fraktionierte Ware handelten. Bis Dezember 1915 war „Gemenge“ nämlich handelsfrei. In der Schlusshand wurde dieses Gemenge dann wieder gereinigt und die Getreide entsprechend verarbeitet — zu Phantasiepreisen natürlich, denn inzwischen hatten ja oft ein Dutzend und mehr Hände daran verdient. Mit ungeheuren Wucher wurden diese Preise dann auf das tausende Publikum abgewälzt. Durch Verordnung des Kriegsernährungsamtes ist untern 9. Sept. 1915 ein Normalpreis von 24.60 M. für den Zentner Getreide für den Erzeuger festgelegt. Die Getreideschieber boten den Landwirten bis zu 30 M. für den Zentner und verkauften selbst die Wertengröße mit 120 M. den Zentner. Diese Wucherpreise hatte letzten Endes das Publikum zu tragen.

Sie und da sollen sich auch Detailisten (Kleingeschäfte) gefunden haben, die von den Getreidefabrikanten, die sie abgeben sollten, nur geringe Mengen verkauften, dann ein Schild „Ausverkauf“ ins Fenster hängten und den Rest zu hohen Preisen an die Schieber vorshoben. Das Geschäft lohnte. In Danzig verhaftet sind unter dem Verdacht, in diese Wuchergeschäfte verwickelt zu sein, der Kaufmann Mr. Pranz, der Generantag Gustav Rofsch, als dessen Genosse der Kaufmann Bruno Jacob, ferner die russischen Staatsangehörigen Kaufleute Wolf Segun, Rotel Rosenzweig, Elias Nachmannsohn, Isaac Neuburger, die außerdem des Kettenhandels mit dieser Getreide beschuldigt werden; ferner der Mühlendirektor J. Woelke aus Ohra, der solche beschlagnahmte Getreide vermahlen hat, sowie sein Sohn, der, in Danzig im Militärdienst stehend, seit längerem beurlaubt war, seinem Vater als unentbehrlich im Geschäft zu helfen.

Die Angelegenheit dürfte noch weitere Kreise ziehen. Wie verlaute wird noch eine ganze Reihe von Firmen und Geschäften in die Angelegenheit verwickelt werden, desgleichen auch eine Reihe von Landwirten. Wie erzählt wird, sollen sogar Landwirte, die als Vertrauensmänner des Landrats Einkaufsgenehmigung besaßen, diese Einkaufsgenehmigung ausgenutzt haben, von ihnen „priorat gekauftes“ Getreide an den Mann zu bringen.

Die Schuldigen werden wohl bereits in kurzer Zeit vor Gericht stehen und hoffentlich Strafen erhalten, die wirklich auch ihren Zweck erfüllen, besonders auch den vier Russen gegenüber, die zum Dank dafür, daß Deutschland sie aufnahm, schändlich schmücherten. Vielleicht wird diese Entlarung auch Anlaß, sonstigen auffallenden Verkäufen in dieser Zeit einmal ein Augenmerk zu widmen.

Der jüngste Erfolg in Rumänien.

Berlin, 20. Nov. (W.B. Nichtamtlich.) Von zuständiger Stelle erfahren wir: Mit der Niederlage der Rumänen in der Schlacht von Turgo-Ziu und dem Durchbruch der deutschösterreichischen Truppen am 18. November bis zur Bahnlinie Orsova-Craiova treten die Kriegshandlungen gegen Rumänien in eine neue Phase ein. Dieser rasch und energisch durchgeführte Vorstoß hat eine noch größere Bedeutung, als der Durchbruch in der Dobrudscha, durch den die Rumänen im Osten gefesselt und von Osten her bedroht wurden. Mit dem Vorstoß zur Bahnlinie Orsova-Craiova wurde die Tür zur walachischen Ebene eingedrückt. Nachdem im Oktober noch um die Schlüsselplätze im Norden von Rumänien und in den siebenbürgischen Gebirgen erbittert gerungen wurde, wuchs nach Begreifung der Pässe der Druck der Mittelmächte entsprechend ihrem Raumgewinn nach Süden von Tag zu Tag. In gleichem Maße mit diesem Druck dehnte sich auch die Kampffront beiderseits der hauptsächlich bedrohten Mittelpunkte bei Bredeal und nördlich von Campolung aus, so daß schließlich in den Gebirgen, der Moldau und in den Waldkarpaten auf allen Punkten bis hinter nach Orsova gerungen wurde. Im Räume des Bredealpases wurden vom 5.—11. November die Höhen westlich Susteni erstritten. Im Ausgange des Loerzbürger Passes drangen die Angreifer nördlich von Campolung vom 12.—17. November bis in die Linie Janbesti-Ramsti, 25 Kilometer südlich des roten Turmpasses vor, besetzten sie, am 9. November Sardeni und am 12. Nov.

Horst ist einer der wenigen Sängler, die in sicherer Erkenntnis die Grenzen, die nun einmal zwischen Ruhm und Konzertpodium gezogen sind, eingubalten wissen. Der Schmelz einer samtweichen Stimme, die bei aller Dramatik einfache Art zu fingen, ermöglicht ihm die höchste Leistung auch ohne den großen antegenden Apparat der Bühne. — Kartenverkauf in der Hofmusikalienhandlung Pöstel (Königsplatz).

Wohltätigkeitsspektakel.

Für das am kommenden Samstag zu Gunsten der Kriegswaisen von Frauen in Koppel, Herrn August Giesler (Renor am Franziskaner-Opernhaus) und dem hiesigen Hofkapell-Leiter, unter Herrn Postkapellmeister Felix Bederer's Leitung stattfindende Konzert, gibt sich erfreulichweise das lebhafteste Interesse kund. Der Vorverkauf ist so rasch, daß ein schöner Reingewinn — welcher ja bekanntlich unseren Mannheimer Kriegswaisen zufällt — das wohlthätige Wirken der Künstler lohnen wird. (Eine beschränkte Anzahl Karten ist noch in den hiesigen Musikalienhandlungen verfügbar.)

Grutesken-Abend — Weinbart Natur.

Auf den interessanten literarischen Vortragsabend, den Herr Hofkapellmeister Weinbart Natur morgen, den 22., abends 8½ Uhr, im Musiksaal veranstaltet, sei hier nochmals besonders hingewiesen. In Ergänzung des Dimweises über das Programm wird noch mitgeteilt, daß von H. Morgenstern: Das ästhetische Wesen, Der Vortragsm., Bundeslied der Soldaten, Das Gebet, Vierdielstschwein und Kustalkente, Der Wermut (Galgensleder), Das Butterbrotpapier, Die Wäse, Die Ose, Modernes Märchen (Palmström), Die Klittapgeilung, Die beiden Hiel, Der Dicht, Die Schildkröte, Das Gitterlam, Nachschheim und Stedenstweien, Der geistliche Hof, Klänge am Sonnabend, Die Fledermaus (Polina Kunzel) von Paul Scherzard, außer den schon genannten noch Dichtungen aus der im Buchhandel vollständig vergriffenen Inter-Woeste zum Vortrag kommen. Karten sind noch in den Musikalienhandlungen und an der Abendkasse zu haben.

Die Kunstausstellung Gebrüder Bad, Heidelbergerstr. 0 7, 14, zeigt ab heute eine Sammel-Ausstellung des Karlsruher Malers Hermann Schöbel. Dieselbe besteht aus Gemälden, Aquarellen und Graphik. Die Ausstellung ist von morgens 10 Uhr bis abends 6 Uhr nummerlos offen. Eintritt frei!

den Fronten. Die Rumänen wehrten sich an der ausgedehnten Kampffront mit großer Fähigkeit, machten erbitterte Gegenstöße besonders im Bredealpaß und nördlich von Campolung, sowie im Auslaufgebiet des roten Turmpasses und im Jutul. Alle diese verzweifelten Angriffe, mit welchen die Rumänen das Vordringen der Mittelmächte aufzuhalten und den wachsenden Druck bei Bredeal und Campolung zu begegnen suchten, brachten ihnen trotz sehr hoher Blutopfer nur an den Angriffsstellen keine örtlichen Gewinne, sondern sie vermochten auch nicht dem täglich türmischer werdenden Vordringen der Oesterreicher, Ungarn und Deutschen Halt zu gebieten. Am 18. November wurde dieser Druck derartig hart, daß der Verteidigungsgürtel im Jutul nicht mehr standhalten konnte und zerbrach. In heißer Schlacht wurden die Rumänen trotz ästhetischen Widerstandes bei Turgo-Ziu unter außerordentlich schweren blutigen Verlusten entscheidend geschlagen. Wie die Schlacht im Raume Konstanza-Cernomah stieß die Schlacht bei Turgo-Ziu einen der Marksteine in der Geschichte des rumänischen Feldzuges dar. Die Regier-Truppen der Zentralmächte näherten augenblicklich ihren Erfolg aus und brachen trotz ungeheurer Hindernisse, verschwie-Bege und kaum gangbarer, geschweige denn fahrbarer Straßen in die walachische Ebene durch. Ein von Osten gegen die durchbrechenden Truppen geführter rumänischer Gegenstoß konnte das Schicksal der Entscheidungsschlacht nicht mehr wenden. Die Kolonnen sind im Hornarsch. Die Schlacht bei Turgo-Ziu ist ein neuer Beweis für das exakte Zusammenarbeiten und die innige Waffenbrüderschaft der österreichisch-ungarischen Truppen unter weischaender Führung.

Auffallend ist, daß die rumänische Zivilbevölkerung durch die schwere Niederlage aufgelöst, sich am Kampfe beteiligt. Auf die Kolonnen der Truppen wird häufig aus dem Hinterhalt geschossen. Mit dem Abklingen der Eisenbahnlinie Orsova-Craiova haben die bei Orsova kämpfenden rumänischen Verbände ihre einzige Rückzugslinie verloren. Die deutsche Heeresleitung meldet für den Zeitraum vom bis 16. November eine Gesamtbeute von 189 Offizieren, 19 300 Mann, 26 Geschützen und 72 Maschinengewehren. Nach den riesigen Verlusten der Rumänen in der Dobrudscha und in Siebenbürgen trifft sie der neue Schlag schwer. Gegen den Einbruch in die Walachei erblickt der ein totale Erfolg Sarkis bei Monastir vollkommen.

Das Gesetz über die vaterländische Dienstpflicht.

m. Köln, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Die königliche Zeitung meldet aus Berlin: Noch in dieser Woche wird der Bundesrat die Vorlage über die vaterländische Hilfsdienstpflicht erlegen. Wie wir hören, wird am Mittwoch im Reichsamt des Innern eine Besprechung der Führer der Reichstagsparteien stattfinden, von deren Ergebnis es abhängt, ob und wann sich der Reichstag im Plenum mit der Vorlage befassen wird. Der Hauptauschuss des Reichstages wird sich jedenfalls beraten.

Keine amerikanische Friedensvermittlung.

□ Berlin, 21. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Der hiesige Vertreter der „Associated Press“ hat sich auf die verschiedenen Gerüchte wegen einer amerikanischen Friedensvermittlung, welche namentlich in den neutralen Ländern in letzter Zeit wieder verbreitet sind, nach Amerika mit der Bitte um Auskunft gewandt und von dort folgende Antwort erhalten: Glaubwürdige Washingtoner Kreise versichern, daß Präsident Wilson keinerlei Absicht hat, irgendeine Friedensvermittlung zu übernehmen.

Stuttgart, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Ueber die Ermittlung und die Verhaftung des Seifenwindlers Friedrich Spignagel von Kaimbach teilt die Polizeidirektion der Stadt Stuttgart mit: Am 17. Oktober 1916 ist an der Bahnsteigperrone des hiesigen Hauptbahnhofes ein Mann angehalten worden, der durch den Erkennungsbild der Polizeidirektion Stuttgart als ein schwer verbestrafter Verbrecher aus München festgestellt wurde.

In seinem Besitz befanden sich u. a. einige Aufschreibungen über die Einnahme kleiner Beträge vor, über deren Herkunft er bei der polizeilichen Vernehmung keine glaubhaften Angaben machen konnte. Das hat die Polizeidirektion Stuttgart zu weiteren Nachforschungen veranlaßt, mit dem Ergebnis, daß der Festgenommene mit dem Kaufmann Spignagel aus Kaimbach verkehrt hatte und daß Spignagel auch nach Stuttgart Beziehungen unterhielt. Es haben sich große Schiebungen in Seifen, Verträge herausgestellt, über die wieder in der Presse noch in den Fahndungsblättern bisher Nachrichten ergangen waren.

Spignagel ist auf Grund der getroffenen Vorkehrungen am 9. November 1916 in Stuttgart durch die Kriminalpolizei festgenommen worden. Von den erschwundenen 93 500 Mark konnten über 70 000 Mark wieder beigebracht werden. Die weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß Spignagel im September und Oktober 1916 unter dem Namen Friedrich Spignagel in Darmstadt und Edgar Hechel in Frankfurt a. M. große Schiebungen mit Seife geleitet hat, bei denen die Besteller diese Seife thronerde erhalten und die für die Rechnungsbeträge gegen Aushändigung der Duplikatfrachtbriefe abgeboben werden sollten. Es handelt sich um Summen von mehreren Hunderttausenden. Anderslautende Berichte in Tagesblättern sind unzutreffend.

Wien, 20. Nov. (W.B. Nichtamtlich.) Der Oberste Reichswehrgerichtshof hat heute vormittag die Richtigsheitsbeschwerte der Angeklagten Dr. Kramarz, Dr. Krasin, Cerminka und Jamazal, die wegen Hochverrats und Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates bezw. wegen Auspöhlung zur Kriegszeit zum Tode verurteilt waren, als teils unzulässig, teils unbegründet zurückgewiesen. Damit hat das Urteil Rechtskraft erlangt.

Bei Kopfschmerz
 irrovonille
 istlich bevorzugt

Unübertroffen in seiner raschen und vorzähligen Wirkung, in allen Apotheken zu haben.

Forman gegen Schnupfen
 Daso 308

Handel und Industrie.

Vom Holzmarkt.

Die Rundholzmärkte in den süddeutschen Produktionsgebieten weisen nach wie vor große Beteiligung seitens der Interessenten und zwar sowohl Sägewerks-Besitzer wie Langholzhändler auf. Es kamen wiederum naheliegende Posten Rundhölzer zur Versteigerung. U. a. brachte das Forstamt München-Süd in den letzten Tagen größere Quantitäten zur Versteigerung und wurden bezahlt Fichtenlangholz I. Kl. M. 44.— (Anschlag M. 27.—), II. Kl. M. 43.— (Anschl. M. 25.—), III. Kl. M. 39.— (Anschl. M. 23.—), IV. Kl. M. 30.— (Anschl. M. 21.—), V. Kl. M. 25.— (Anschl. Mark 18.—); Fichtenblockware wurde bewertet I. Kl. M. 44.— (Anschl. M. 28.—), II. Kl. M. 39.— (Anschl. M. 25.—), III. Kl. M. 31.— (Anschl. M. 21.—). Bei demselben Forstamt wurde Forstlangholz I. Kl. mit M. 46.— (Anschl. M. 28.—), II. Kl. M. 38.— (Anschlag M. 25.—), III. Kl. M. 31.— (Anschl. M. 22.—), IV. Kl. M. 27.— (Anschl. M. 20.—) bewertet. Forstblockholz kostete I. Kl. M. 45.— (Anschl. M. 28.—), II. Kl. M. 41.— (Anschl. Mark 25.—), III. Kl. M. 29.— (Anschl. 21.—). Sämtliche Preise pro Festmeter bei einem Fuhrlohn von 4—7 Mark je nach Lage bis zur nächsten Bahnstation. Das bayerische Forstamt Passau-Süd brachte ebenfalls einige Partien Fichten und Tannen Rundholz zum Verkauf. Es stellten sich Fichten- und Tannen-Langholz I. Kl. M. 43.— (Anschl. M. 26.—), II. Kl. M. 40.— (Anschl. Mark 24.—), III. Kl. M. 36.— (Anschl. M. 22.—), IV. Kl. M. 33.— (Anschlag M. 20.—), V. Kl. M. 28.— (Anschl. M. 17.); Fichten- und Tannen-Blockholz erzielte I. Kl. M. 43.— (Anschl. M. 26.—), II. Kl. M. 36.— (Anschl. M. 22.—), III. Kl. M. 30.— (Anschlag M. 18.—), IV. Kl. M. 23.— (Anschl. M. 14.—). Sämtliche Preise pro Festmeter bei einem Fuhrlohn von 4—7 M. bis zur nächsten Bahnstation je nach Lage. Das größte Forstamt Huchenfeld erzielte bei der letzten Versteigerung folgende Preise pro Festmeter: Für Tannen- und Fichten-Stammholz I. Kl. M. 44.—, II. Kl. Mark 41.—, III. Kl. M. 37.—, IV. Kl. M. 33.—, V. Kl. M. 28.—, VI. Kl. M. 21.—. Es gelangten bei dieser Versteigerung ca. 6700 Festmeter zum Verkauf und wurden insgesamt M. 31 000 über den Anschlag erzielt. Es ist bei diesen hohen Rundholzpreisen und dem hohen Unterschied zwischen Taxen und dem hohen Preise der wirklich bezahlt wird kein Wunder, daß die Bretterpreise fast täglich steigen. Eine Erklärung für die hohen Rundholzpreise in Süddeutschland kann man vielleicht darin suchen, daß die Floberei auf dem Rhein ihrem Ende entgegengeht und die Sägewerke am Mittel- und Niederrhein bemüht sind, soviel wie möglich einzukaufen, so werden natürlich die Sägebekommen. Es gingen von den oberer Häfen innerhalb der letzten 14 Tagen annähernd 70 Flügel Meßholz den Rhein hinunter, welche für Sägewerke in Köln, Mülheim, Düsseldorf, Neuß, Uerdingen und Wesel bestimmt waren. Das Hauptquartum von annähernd 30 Flügel war für eine bekannte Sägerei in Duisburg-Hochfeld bestimmt. Die rhein-westl. Bretterhändler hatten nach wie vor reges Interesse für reguläre süddeutsche 16' Ware. Da die Produktion nach wie vor sehr klein ist, aber alle Händler soviel wie möglich einzukaufen suchen, so werden natürlich die Sägewerke geradezu überlaufen und verlangen tagtäglich immer höhere Preise. Auch die Zurückhaltung der Sägewerke im Verkauf der vorhandenen geringen Bestände trägt zu der steigenden Konjunktur bei. Langfristige Abschlüsse auf größere Mengen werden überhaupt nicht getätigt. Die Sägewerke verkaufen sozusagen nur die Produktion weniger Tage, um einige Tage später für die neue Produktion wieder neue höhere Preise erzielen zu können.

In den Einkaufsgebieten des Allgäu und Schwabens wurden mindestens folgende Preise für die 100 Stück 16' 1" um. Breiter frei Waggon Verladestation bezahlt, 5" breit M. 125.—, 6" Mark 140.—, 7" M. 155.—, 8" M. 170.—, 9" M. 185.—, 10" M. 200.—, 11" M. 215.—, 12" M. 235.—. Die süddeutschen Bordhändler verlangen dagegen für die 100 Stück 16' 1" Ausschubbord frei Schiff Köln-Duisburg folgende Preise 5" breit ca. M. 135.—, 6" M. 165, 7" M. 190.—, 8" M. 215.—, 9" M. 240.—, 10" M. 265.—, 11" M. 300.—, 12" M. 335.— bis M. 240.—. Es wurde auch versucht, Preise von M. 345.— bis M. 350.— für die 100 Stück 16' 1" × 12" Ausschubbord frei Schiff Mittelrhein zu erzielen.

Neue Finanzvereinigung in Oesterreich-Ungarn.
Aehnlich wie die Oesterreichische Kreditanstalt, der Wiener Bankverein, die Ungarische Kreditbank und die Pester Ungarische Commerzialbank in Gemeinschaft mit dem Bankhaus Rothschild zur Oesterreichisch-Ungarischen Orientgrupp, haben sich nunmehr die Anglo-Oesterreichische Bank, die Oesterreichische Länderbank, die Niederösterreichische Eskomptgesellschaft und die Allgemeine Depositenbank mit der Ungarischen Eskompt- und Wechselbank sowie der Pester Vaterländischen Sparkasse zu einer dem Finanzgeschäft und der industriellen Betätigung gewidmeten Vereinigung zusammengeschlossen.

Wiener Wertpapierbörse.

Wien, 20. Nov. (WTB.) Freier Börsenverkehr. Im Einklang mit Berlin hielt sich bei Beginn der neuen Woche das Geschäft in sehr engen Grenzen. Die Stimmung war gestillt, jedoch überwiegend fest. Letzteres gilt auch vom Anlagemarkt.

Wien, 20. November (Devisenkurse).

	20.	18.	20.	18.
Marknoten	144.80	144.80	115.75	115.75
Holland	329.50	329.50	797.—	797.—
Schweiz	155.—	155.—	280.—	280.—
Skandinavien	230.75	230.75		

Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik vorm. Gebr. Kaiser.
Kaiserslautern, 20. Nov. In der heute abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik, vorm. Gebr. Kaiser in Kaiserslautern wurde der Abschluß für das mit dem 30. September ds. J. abgelaufene Geschäftsjahr 1915-16 vorgelegt. Nach Vornahme der ordentlichen Abschreibungen in Höhe von M. 102 177.55, einer Extra-Abschreibung von M. 150 000, Zuwendung zum Delcredere-Konto von M. 35 000, zur Gründung eines Pensionsfonds für Beamte von Mark 50 000, zur Kriegslieferung M. 25 000, für wohltätige Stiftungen von M. 10 000 und einer Sonderrückstellung von M. 100 000, wurde beschlossen, der am Montag den 18. Dezember 1916, stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 15 Proz. (i. V. 8 Proz.) in Vorschlag zu bringen, wobei ein Vortrag von Mark 99 512.35 (49 335.16) in das neue Geschäftsjahr vortragen wird.

Concordia, Kölnische Lebens-Versicherungsgesellschaft in Köln.
Diese berichtet, daß sich das neue Geschäft im Jahre 1916 im ganzen wesentlich gehoben habe. Die Ausgaben für Kriegsterbefälle hätten sich in naheliegender Grenzen gehalten und seien gegenüber demjenigen des Vorjahres wesentlich geringer geworden.

Frankenthaler Brauhaus in Frankenthal (Pfalz).
Nach 32 160 M. (i. V. 33 627 M.) Abschreibungen erzielte die Gesellschaft 1915-16 einschl. 19 615 M. (19 498 M.) Vortrag eines Reingewinn von 110 029 M. (i. V. 84 614 M.), wovon 18 476

Mark (15 000 M.) der Reserve für Außenstände zugewiesen, 15 000 Mark als Rückstellungen für Kriegsunterstützungen, für die im Berichtsjahre 34 346 M. bezahlt wurden, verwandt und, wie bereits gemeldet, 56 000 M. (48 000 M.) als Dividende von 7 Proz. (6 Proz.) auf das Grundkapital von 800 000 M. verwandt werden, wovon 17 552 M. für neue Rechnung bleiben. Bei 300 000 M. Reserve neben 86 523 M. Reserve für Außenstände, der im Berichtsjahre 13 477 M. entnommen worden waren, betragen in der Bilanz die Verbindlichkeiten aus Hypotheken und Darlehen 652 974 M. (630 390 M.), die Kreditoren 253 185 M. (257 156 M.). Demgegenüber sind die Vorräte mit 184 391 M. (80 885 M.) bewertet, die Außenstände für Bier betragen 143 684 M. (126 384 M.), die ausgetretenen Kapitalien 789 118 M. (843 779 M.). Die Brauerei hat mit 414 540 M., die Wirtschafts- und Kelleranwesen mit 441 098 Mark eingestellt.

Hopfenbau in der Rheinpfalz.
In diesem Jahre hat der Hopfenbau in der Rheinpfalz wiederum Rückgang erfahren und zwar auf 39 Hektar. Die Schätzung des gesamten Ertrages bezieht sich auf 446 Zentner. Der durchschnittliche Ertrag des Hektars würde demnach 11,3 Zentner ausmachen, gegen 19,8 Zentner im Jahre 1915, 21,8 Zentner in 1914, 10,2 Zentner in 1913 und 22,4 Zentner im Jahre 1912. Damit steht die Rheinpfalz unter den bayerischen Regierungsbezirken mit dem Hopfenbau an zweitletzter Stelle.

Gebr. Holberg, A.-G., Köln.
r. Düsseldorf, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Wie die Verwaltung mitteilt, ist für die Vorzugsaktie voraussichtlich für das mit dem 31. Dezember zu Ende gehenden Geschäftsjahre wieder eine Dividende von 6 Proz. wie im Vorjahre zu erwarten.

Vom rheinisch-westfälischen Cement-Verband.
r. Düsseldorf, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Der Verband im Monat Oktober betrug 5406 Doppelwagen gleich 1,47 Proz. der Beteiligung gegen 4619 D.-W. gleich 1,26 Proz. im Oktober 1915. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres betrug der Versand 48 077 D.-W. gleich 13,10 Proz. gegen 37 441 D.-W. gleich 10,20 Proz.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.
Duisburg-Ruhrort, 20. Nov. (Amtliche Notierungen.) Schlepplöhne: St. Goar M. 0,65—0,70, Mainz-Gustavsborg M. 0,90—1,00, Mannheim M. 1—1,10. (100 l = 228,50 Mark.)

Letzte Handelsnachrichten.
Berlin, 20. Nov. (WTB.) Nach langwierigen Verhandlungen ist es der Verwaltung der Varziner Papierfabrik gelungen, ihren Gesamtbesitz in den Vereinigten Staaten gegen sofortige Barzahlung zu einem Preise zu verkaufen, der den Buchwert um etwa 2½ Millionen Mark übersteigt. Eine außerordentliche Generalversammlung behufs Berichterstattung über die Angelegenheit wird alsbald einberufen werden.

Zürich, 20. Nov. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, Zu- folge in Paris gepflogener Verhandlungen willigte die brasilianische Zentralregierung in die Umwandlung eines ablaufenden Postens Schatzwechsel in mehrjährige Schatzobligationen ein, welche für Rechnung der französischen Regierung als teilweise Unterlage eines Vorschusses in Newyork dienen. Die Reise Lauro Müllers in die Vereinigten Staaten hängt mit dieser Operation zusammen.

Zürich, 20. Nov. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet: Zur Deckung der in England erhaltenen Kredite mußte der italienische Staat nicht nur den Goldbestand der Notenbanken, sondern dem Staatschatz entnommene 150 Mill. Lire Gold, die bisher als Rücklage der im Umlauf befindlichen Kassenscheine (Biglietti di Stato) dienen, in England hinterlegen.

Keine Beschlagnahme der Zigaretten.
* Berlin, 20. Nov. Wie verläutelt ist das vielfach verbreitete Gerücht, wonach die Zigaretten beschlagnahmt und der Zigarettenverbrauch einer Regelung unterworfen werden soll, durchaus unbegründet. In eine Beschlagnahme der Bestände und in eine Regelung des Verbrauchs wird nicht gedacht, da unsere Vorräte vollständig ausreichen. Bei der Höhe der Preislage ist sogar eine gewisse Stodung des Ab- sales zu bemerken.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November.

Stationen von Rhein	Datum					Bemerkungen
	16.	17.	18.	19.	20.	
Hilgenen*)	1,86	1,83	1,90	1,85	1,85	Abends 6 Uhr
Kehl	2,25	2,26	2,27	2,22	2,24	Nachm. 2 Uhr
Wexau	4,60	4,58	4,49	4,47	4,48	Nachm. 2 Uhr
Wesseln	2,73	2,72	2,63	2,58	2,58	Bergna 7 Uhr
Mainz	1,31	1,31	1,29	1,19	1,15	Vorm. 2 Uhr
Köln	2,41	2,31	2,28	2,28		Nachm. 6 Uhr
vom Neckar:	2,05	2,07	2,00	2,01		
Mannheim	3,72	3,60	3,60	3,60	3,60	Vorm. 7 Uhr
Hallbrunn	0,94	0,94	0,79	1,15	0,90	Vorm. 7 Uhr

*) Regen + 2°.



Unsere
Marine

Cigarette

2 1/2 Pf.

süddeutsches Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.

Georg A. Jasmatzki Aktiengesellschaft

Wohnungen gegen die Wohnungsnot nach dem Kriege.

Es ist allgemein anerkannt, daß das Problem der Wohnungsnot nach dem Kriege, nicht nur in den Großstädten, die in den letzten Jahren vor große und wichtige Aufgaben stellen. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat sich die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reformen in diesem Thema bereits jetzt beschäftigt und an die Stadtverwaltung von Groß-Berlin eine längere Eingabe gerichtet. Die Eingabe für die Allgemeinheit von großem Interesse ist. Sie enthält die für einen bevorstehenden Wandel in den Wohnverhältnissen sprechenden Zahlen. Die Eingabe an die Stadtverwaltung ist dem Balkan 1911 und während des Krieges liegt die Wohnbedürftigkeit darnieder. Nach dem Kriege wird mit einer verstärkten Nachfrage nach Wohnungen zu rechnen sein, weil einerseits die vielen Kriegswunden wegen ihrer Wohnverhältnisse gebrannt, und weil andererseits neue Preise, die früher mäßiger und größere Wohnungen ermöglichten, nunmehr unzulässig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend werden begünstigen müssen. Die Eingabe schlägt dann als Notstandsmaßnahme vor:

1. National ökonomischer Baroden, die von den Militärbehörden für den Kriegszweck oder der sonstigen Unterbringung von Soldaten und deren Familien der Gemeinde errichtet worden sind, gegebenenfalls auch Kaufobjekte Baroden, die auf anderem Gelände als für Unterbringung von Soldaten sowie in den Gefangenenlagern errichtet worden sind; Einräumung dieser Baroden — nachdem sie für ihren eigentlichen Zweck nicht mehr geeignet sind — zu Wohnungen für unbemittelte Familien, denen die Baroden zu billigen Preisen abgeben werden, bis durch den Bau neuer und geeigneter Wohnhäuser genügend andere Wohnverhältnisse geschaffen sind.

2. Staatliche Darlehen in Form billiger verzinslicher Darlehen mit entsprechenden Sicherungsbedingungen für solche Darlehensnehmer, die in ihrem Hause befindlichen leerstehenden großen Wohnverhältnisse in gesundheitlich einwandfreie Mittel- und Kleinstwohnungen umzubauen.

3. Dauermaßnahmen empfiehlt die Eingabe:

a) Die als möglich erwerben eigenen Grund und Boden durch die Gemeinden. Den Gemeinden bleibt dadurch eine gewisse Macht, die Preise für Grund und Boden in den Gemeinden einzuwirken und Preissteigerungen zu verhindern.

b) Staatliche Förderung des Kleinwohnungsbaus durch Gewährung von Bauzuschüssen, gemeinnützigen Bauaktien und privaten Bauunternehmern gegen entsprechende Sicherungsbedingungen entweder durch Vergabe billiger Tilgungshypotheken oder durch Bürgschaftsübernahme für zweifelhafte Hypotheken.

c) Den Gemeinden, soweit es nicht schon vor dem Kriege der Fall war, ein Wohnungsbau mit folgenden drei Hauptaufgaben zu übertragen: Wohnungsbau, Wohnungsaufsicht, Wohnverhältnisse. Wesentlich ein Wohnungsbau wäre jedoch als Hauptaufgabe zu betrachten. Schon jetzt macht sich eine große Schwierigkeit für die Gemeinden geltend, geeignete Kleinwohnungen zu finden, und die Wohnungsaufsicht dürfte aller Voraussicht nach bei Kriegsende sich noch mehr ausbreiten. Ein guter Wohnungsbau, der in den Gemeinden selbst liegt, kann manches zum Besseren im Wohnungsbau beitragen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Industrie.

In der jüngsten Monatsitzung des „Bereins zur Förderung des Gewerbesleibes“ wurde die Forderung, wie die Mehrzahl der kriegsbeschädigten Industriellen nach Möglichkeit der Industrie erhalten bleiben, von dem Ingenieur Dr. Beckmann in seinem Vortrage in die von ihm geleiteten und von der Industrie geleiteten Fabrik, Oberschönmeide, einbezogen. Die Vertikalen für Kriegsbeschädigte, die vor dem Kriege der Ansicht, daß noch während der Laufbahn dem Kriegsbeschädigten bewiesen werden müsse, daß er nicht zu den „ungelernten“ Berufen überzugehen kann, sondern seine alte oder eine dieser verwandte Tätigkeit ausüben könne. Auch müssen die Arm-Amputierten, die sich nicht selbst überlassen bleiben, da es sich gezeigt hat, daß viele mit ihm nichts anzufangen wissen und ihn nicht führen können. Die vielen Lazaretten angegliederten Lazaretts können das nur in unvollkommener Weise leisten und ihre Leiter für technische Beurteilung der kriegsbeschädigten meist nicht in Betracht kommen. Es muß daher die kriegsbeschädigten soweit gezeigt werden, daß er in seinem Beruf wieder sein Fortkommen findet. Das kann nur durch unmittelbare Reibung in der Berufsarbeit geschehen. Nur so kann man auch beurteilen, für welche Einzelbeschädigten trotz seiner Beschädigung in Betracht der kriegsbeschädigten betrachten.

Die kriegsbeschädigten in Oberschönmeide haben im Laufe des Jahres besondere Vertikalen eingerichtet, in denen kriegsbeschädigte noch während der Lazarettbehandlung unterhalten werden. Selbstverständlich ist es, daß diese Vertikalen unter ärztlicher Aufsicht und mit ärztlicher Einmischung stehen. Diese Zusammenarbeit von Arzt und Industrieller hat sich als zweckmäßig erwiesen. Die Arbeitszeit für kriegsbeschädigten beträgt bis zu sechs Stunden täglich. Die kriegsbeschädigten werden an sie dieselben Anforderungen gestellt wie an die übrigen Arbeiter. Da bei den kriegsbeschädigten im Anfang der Arbeit mehr oder weniger ein geringes Maß an Unfähigkeit besteht, hat man für sie einen Mindeststundenlohn von 10 Pfennigen festgelegt.

Die Erfolge sind die denkbar besten; eine wesentliche Steigerung der Arbeitskraft — der Vortragende bewies das an statistischen Tabellen — hat man beobachtet, sobald die kriegsbeschädigten Arbeit bekommen. Die verdienen werden nur zu einem geringen Teile gleich ausbezahlt wie in der Hauptfache auf ein Sparkassenbuch geht, das der kriegsbeschädigte bei seiner Entlassung aus dem Lazarett erhält.

Man kommt vor allem darauf an, sowohl bei den Arm-Amputierten als auch bei denen, die an Versteifungen, Verkrümmungen oder Ermüdungen eines Armes oder der Hand leiden, die kriegsbeschädigten auszuwählen, die für ihre Beschädigung geeigneten sind, bei denen also die wenigsten Handgriffe erforderlich sind. In solchen Fällen kann der kriegsbeschädigte Arbeiter ebensoviel leisten wie ein gesunder Arbeiter. Die Industriefürsorge für kriegsbeschädigte sind mit den kriegsbeschädigten eingerichtet worden von Werken der rheinischen Industrie, von den Siemens-Werken in Berlin, von den Siemens-Werken in Borsig-Tegele und von den kriegsbeschädigten Standenburg, in denen auch kriegsbeschädigte beschäftigt werden. Für verstellte und gehbehindernde Arbeiter, wie der Vortragende an Hand von statistischen Zahlen zeigte, zahlreiche Hilfsmittel zur Verfügung, die die kriegsbeschädigten dieser Beschäftigungen oft auf ein Höchstmaß befähigen.

